Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, den 29. September 1919. 30. Jahrgang • Nr. 228

Volksblatt

Verlag u. Geſchäftsſtelle:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernruf 1047.
Geöffnet von 7½ Uhr früh
bis 5 Uhr nachmittags.
Poſtſcheckkonto: Leipzig 16105.

Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernruf 1045.
Sprechzeit: Nur werktags
von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratiſches Organ für Halle und den Bezirk Merſeburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Poſt bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zuſtellungsgebühr.

Erſcheint jeden Werktag nachmittags.
Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anſchließend an den dreigeſpaltenen Textſeitenteil.

Deutſchlands Entwaffnung.

Verſailles, 28. September. (W. T. B.) Der Friedensausſchuß der franzöſiſchen Kammer verſuchte geſtern nachmittag für die Tagesordnung André Lefèvre einen Wortlaut zu finden, dem die Regierung zuſtimmen könnte. Laut Matin ſchlug Godart nach langer erregter Ausſprache folgenden Wortlaut vor:

„Die Kammer erſucht die Regierung, Verhandlungen mit den alliierten und aſſoziierten Regierungen anzuknüpfen, um die Entwaffnung Deutſchlands und ſeiner Alliierten durch Verbot gewiſſer Kriegsinduſtrien und durch alle notwendig erſcheinenden Maßnahmen effektiv zu machen.“

Der Ausſchuß wird am Montag dieſen Wortlaut nochmals beſprechen und zugleich eine Tagesordnung Auriol betreffend eine interalliierte finanzielle Solidarität mit dem Finanzminiſter Klotz erörtern. Laut Matin will André Lefèvre am Dienstag die ſofortige Beſprechung eines urſprünglichen Vorſchlags verlangen.

*

Aus Clemenceaus Rede in der Vormittagsſitzung des Friedensausſchuſſes hebt Matin folgendes hervor: Clemenceau ſagte: Lefèvre verlange, daß Deutſchland keine Kanonen herſtellen könne, das ſei nach ſeiner Anſicht das einzige Mittel, eine wirkſame Kontrolle auszuüben. Er wolle, daß die Deutſchland zugeſtandenen Kanonen ihm von Frankreich geliefert würden. Der Abgeordnete behauptet, daß der Friedensvertrag nach dieſer Richtung eine Lücke aufweiſe und nicht genügende Sicherheit gebe. Darauf müſſe er, Clemenceau, antworten. Hinſichtlich der ſchweren Artillerie genüge der Friedensvertrag den Wünſchen Lefèvres durchaus, denn Deutſchland dürfe ſchwere Artillerie weder herſtellen, noch kaufen, noch auf einem anderen Wege erhalten; es müſſe nicht nur ſeine ſchweren Kanonen, ſondern auch alle Anlagen zu ihrer Herſtellung vernichten. Auch hinſichtlich der Feldartillerie, von der Deutſchland 288 Kanonen unterhalten dürfe, gebe der Vertrag Frankreich das Recht, die Herſtellung in Deutſchland zu begrenzen, denn die Alliierten könnten auch die Fabriken auswählen, ihnen ihre Fabrikation vorſchreiben und daher, wenn ſie es für notwendig hielten, dazu ſchreiten, jede Fabrikation zu unterſagen. Was aber das angehe, daß Frankreich Deutſchland Kanonen liefern und es ſo decken ſolle, falls es angegriffen würde, ſo ſei das ganz unzuläſſig. Daher, ſo ſchloß Clemenceau, ſei es nicht möglich, die Verhandlungen mit Deutſchland wieder zu eröffnen. Aber er wolle gern über dieſe Frage mit Frankreichs Alliierten verhandeln. Da es ſich im großen und ganzen darum handele, einem berechtigten Gefühl zu entſprechen und das Land vollkommen zu beruhigen, ſo wolle er ſich der Tagesordnung André Lefèvre nicht grundſätzlich widerſetzen; er verlange nur, daß der Wortlaut im Sinne ſeiner Ausführungen abgeändert werde.

Renaudel über den Friedensvertrag.

Paris, 27. September. (Havas.) In der Kammer kritiſierte der Sozialiſt Renaudel den Friedensvertrag. Er äußerte ſich dahin, daß dem Krieg mit den Waffen nicht ein Wirtſchaftskrieg folgen dürfe. Der Friede müſſe das nationale Leben wieder aufrichten und eine internationale Einigkeit ſchaffen. Es ſei unmöglich, daß der Völkerbund auf wirtſchaftlichem Gebiet etwas erreichen könne, wenn 300 Millionen Deutſche, Oeſterreicher und Ruſſen ihm nicht angehörten. Wenn ſich die internationale Solidarität auf wirtſchaftlichem Gebiete nicht zeige, werde man eine Hungersnot haben.

Der Regierung wirft der Redner vor, daß ſie keine beſtimmte Wirtſchaftspolitik habe, hauptſächlich aber wirft er den Friedensunterhändlern vor, ſie hätten den Deutſchen die Kolonien weggenommen und ſie einer wirtſchaftlichen Ausdehnungsmöglichkeit beraubt. Deshalb würde Deutſchland zur Koloniſation Rußlands getrieben. Der Krieg habe Frankreich von Deutſchland und Rußland getrennt. Es ſeien wirtſchaftliche Beziehungen notwendig, um Frankreich dieſen Ländern wieder näherzubringen. Die deutſchen Sozialiſten ſollten die für den Krieg Verantwortlichen ſelbſt beſtrafen und mit den anderen Sozialiſten zum Triumph der Arbeit mithelfen. Die Regierungen hätten ihren Frieden gemacht, die Völker verlangten einen anderen. — Renaudel ſchloß mit einem Aufruf zur Vereinigung aller Proletarier.

Italien und die Fiume-Frage.

d'Annunzio an den König.

Rom, 27. September. (W. T. B.) Laut Epoca ſandte d'Annunzio an den König von Italien eine Botſchaft, in der er dieſen über die Lage in Fiume unterrichtete und ihn beſchwor, die Rechte ſeiner Krone auf die Stadt nicht aufzugeben.

Bern, 27. September. (W. T. B.) Nach Perſeveranza hat Tittoni im Kronrat erklärt, daß die Verbündeten das Recht Italiens auf Fiume anerkennen, aber das von d'Annunzio eingeleitete Unternehmen beendet ſehen wollen, da weitere Duldung des Gewaltſtreiches den Tſchecho-Slowaken, Rumänen und Griechen den Vorwand zur Nachahmung geben könne. Die Neigung der Nationaliſten zu einem Vorſtoß in Dalmatien ſei angeſichts der revolutionären Beſtrebungen nicht ohne Gefahr.

Wie die Mailänder Zeitungen berichten, hat tatſächlich geſtern der Generalrat der Mailänder Arbeiterkammer einen Beſchluß gefaßt, nach welchem die Arbeiter gegen eine Militärdiktatur auch auf Barrikaden ſich zur Wehr ſetzen werden.

Nach Stampa iſt die Lage nach wie vor äußerſt bedenklich. Das Kabinett Nitti bleibt für den Augenblick am Ruder, jedoch unter ſchweren und ungeklärten Verhältniſſen. Die Regierung werde ſich vorausſichtlich unter beruhigenden Zuſicherungen an die Verbündeten für die Beſetzung Fiumes durch reguläre Truppen entſcheiden, um einerſeits dem derzeitigen ungeſetzlichen Zuſtande ein Ende zu machen und andererſeits die Rechte Italiens nach außen maßvoll zu wahren.

Bern, 27. Sept. In Apulien ſind Tauſende von Landarbeitern dem Beiſpiel der Bauern in der römiſchen Campagna gefolgt und haben gemeinſam große Ländereien in Beſitz genommen und unter ſich zur Bebauung verteilt.

Der britiſche Eiſenbahnerſtreik.

Der Streik der engliſchen Eiſenbahner iſt nunmehr zur Tatſache geworden. Die Verhandlungen zwiſchen dem Eiſenbahnerverband und der Regierung ſind abgebrochen worden, da man zu keiner Einigung kommen konnte. Der allgemeine Eiſenbahnerſtreik hat daraufhin am Sonnabend um Mitternacht begonnen. Thomas, der Vorſitzende des Eiſenbahnerverbandes, ſoll in einer Verbandsſitzung u. a. geſagt haben: „Im tiefen Bedauern muß ich erklären, daß es nicht gelungen iſt, zu einer Einigung zu gelangen. Von ſeiten des Vollzugsausſchuſſes iſt keine Mühe geſpart worden, um einen Ausgleich zu finden, durch den die Kriſe, deren Folgen unmöglich vorauszuſehen ſind, hätte vermieden werden können.“

*

965000 Ausſtändige.

Amſterdam, 28. Sept. (W. T. B.) Ein hieſiges Preſſebureau meldet aus London, daß die Zahl der Ausſtändigen auf 965400 geſchätzt wird. Von amerikaniſchen und franzöſiſchen Arbeiterkreiſen wurde Unterſtützung zugeſagt.

Die Leitung des Iriſchen Eiſenbahnerverbandes wurde von Thomas telegraphiſch aufgefordert, die Arbeit nicht früher niederzulegen, als bis ſie Inſtruktionen von ihm empfangen habe.

In London begann der Streik der Eiſenbahner 10 Uhr nachts, als die Weichenwärter und Signalangeſtellten der großen weſtlichen Eiſenbahnen die Arbeit niederlegten. Der Nordweſtbahnhof von London und von Carlisle ſind geſchloſſen. Der Fernverkehr auf den großen nördlichen und mittleren Strecken iſt eingeſtellt. Bisher iſt keine Ausſicht auf Beilegung des Konflikts vorhanden. Die Mittel der Eiſenbahnerunion belaufen ſich auf 1½ Millionen Pfund Sterling und werden für etwa vier Wochen ausreichen. Die Regierung ergreift umfaſſende Maßnahmen, um die Lebensmittelzufuhr zu ſichern, und veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der mitgeteilt wird, daß alle möglichen Schritte unternommen werden, um durch den Transport auf den Landſtraßen den Verkehr ſoweit als möglich ſicherzuſtellen.

Die Regierung erließ einen Aufruf an Freiwillige zur Aufrechterhaltung des notwendigen öffentlichen Dienſtes, dem bereits zahlreiche Perſonen Folge geleiſtet haben. Die Urlaubserteilung an Heeresangehörige iſt eingeſtellt worden. Die Lebensmittelrationierung wird unverzüglich wieder eingeführt.

Amſterdam, 28. Sept. (W. T. B.) In einem verſpätet eingetroffenen Telegramm vom 26. gibt der Londoner Korreſpondent des Telegraaf eine ſehr peſſimiſtiſche Schilderung von der infolge des Eiſenbahnerſtreiks zu erwartenden Lage. Der Korreſpondent ſchreibt, das Motor-Omnibus- und Straßenbahn-Perſonal werde ſich wohl anſchließen. Der Transportarbeiterverband werde wahrſcheinlich einen Sympathieſtreik erklären, und möglicherweiſe würden auch die Bergarbeiter mittun. Wenn man in Betracht ziehe, daß ſich auch die Eiſengießer im Streik befänden, ſo müſſe man befürchten, daß das ganze induſtrielle Leben des Landes in den größten wirtſchaftlichen Kampf, den England jemals erlebt habe, hineingeriſſen werde. Die Folgen ſeien nicht zu überſehen. Die Regierung bringt in einer Erklärung zum Eiſenbahnerſtreik zum Ausdruck, daß ſie auf dem Standpunkte ſteht, daß in der jetzigen Zeit dem Lande nichts Schlimmeres hätte zugefügt werden können, als der große Eiſenbahnerſtreik.

Sowjetrußlands Kriegslage.

Helſingfors, 27. Sept. Die ruſſiſche Preſſe meldet: Die Sowjettruppen haben die Verbindungen zwiſchen Orenburg und Taſchkent hergeſtellt und im Rayon Iktjubinak 6000 Gefangene gemacht.

Amſterdam, 27. Sept. Der Korreſpondent der Times im Hauptquartier der ruſſiſchen Oſtfront meldet, daß die Bolſchewiſten ihre dem General Dieterichs gegenüberſtehenden Streitkräfte neu gruppieren.

Eine bolſchewiſtiſche drahtloſe Meldung aus Moskau vom 24. beſagt, daß ſo gut wie ganz Sibirien von Irkutſk bis Blagoweſtſchenſk in den Händen der Bolſchewiſten iſt. Tomſk wurde von Roten Garden eingenommen.

Amſterdam, 27. Sept. Den engliſchen Blättern vom 25. zufolge hat, nach einer Radiomeldung aus Moskau, Trotzki auf einem Kongreß weiblicher Arbeiter in Moskau erklärt, er könne nach allen ihm zur Verfügung ſtehenden Informationen mitteilen, daß der ruſſiſche Sowjet jede Ausſicht auf einen vollſtändigen und abſoluten Sieg habe. Weder Lloyd George, noch Clemenceau, noch Wilſon würden es wagen, dem Willen des weſteuropäiſchen Proletariats entgegenzuhandeln. Sie ſeien nicht in der Lage, große Armeen abzuſchicken, ſondern ſeien gezwungen, ſich auf kleine, freiwillige Streitkräfte zu beſchränken. „Wir ſind“, ſagte Trotzki, „nicht länger von ausländiſchen Interventionen bedroht.“

*

Der Ukraineraufſtand gegen Denikin.

Bern, 27. Sept. (W. T. B.) Nach Meldungen des ukrainiſchen Preſſebureaus wächſt der Aufſtand in der Ukraine gegen Denikin. Im Gebiet von Bogutſchary ſollen die Aufſtändiſchen nach Zehntauſenden zählen. In Kiew befindet ſich Denikin in derſelben Lage, wie vor neun Monaten Skoropadſki. Die Bauern haben die Lebensmittelzufuhr wieder eingeſtellt. Bei Schepelivka haben die Aufſtändiſchen die Schienen aufgeriſſen und einen ruſſiſchen Militärzug zum Entgleiſen gebracht. Mehr als 100 Soldaten Denikins kamen dabei ums Leben.

Die Rheiniſche Republik.

Die Bewegung zur Errichtung einer Rheiniſchen Republik iſt vorläufig am Widerſtand der organiſierten Arbeiterſchaft des Rheinlandes geſcheitert. Die zweideutige Haltung, welche die offizielle Leitung des Zentrums in Köln einnahm, hat einen Riß ſelbſt in die katholiſche Arbeiterſchaft hineingetragen, den der eben erſt ſtattgefundene rheiniſche Zentrumsparteitag nur mühſam überkleiſtern konnte. Auf jeden Fall würden die chriſtlichen Gewerkſchaften im Augenblik für die Ausrufung der Rheiniſchen Republik nicht zu haben ſein.

Die Drahtzieher hinter den Kuliſſen — die im hohen Klerus, im Landadel und in gewiſſen großinduſtriellen und Großhandelskreiſen ſitzen — geben aber nach dieſem erſten Mißerfolg ihre Abſonderungsbeſtrebungen nicht auf. Sie verſuchen nun, **ihr Ziel auf anderem Wege** zu erreichen. Sie fangen es ſchlauer an als das erſte Mal. Aus allen Parteien ſuchen ſie ſich Leute zuſammen, die ſie mit demſelben Motto der Gründung eines „Bundes für die Freiheit der Rheinlande“ ködern. Als Körperſchaft, die „alle Schichten der Bevölkerung und Anhänger aller Parteien umfaßt“, treten ſie dann an die Oeffentlichkeit. So entſtand in der Pfalz der Bund **Freie Pfalz**, in Köln der **Rheinlandbund**. Dieſem gehören ſowohl Rechtsſozialiſten wie Demokraten, wie auch ein paar ehemalige Unabhängige an. Die Elemente aus dem Zentrum halten ſich noch im Hintergrunde. Vorſitzender des Rheinlandbundes iſt **Herr Smeets**, der vor ein paar Monaten noch unſerer Partei angehörte, den die Organiſation in Köln aber ausſchloß, als ſie hinter ſein Treiben kam. Es möge hier erwähnt ſein, daß alle rheinländiſchen Organiſationen der U. S. P. beſchloſſen haben, jedes Mitglied ſofort **auszuſchließen**, das ſich an ſolchen Abſonderungsbeſtrebungen von Deutſchland beteiligt. Einen ähnlichen Beſchluß haben die Demokraten gefaßt und auch ſchon angewandt. Es berührt eigentümlich, daß die Rechtsſozialiſten dieſen Strich noch nicht gezogen haben. Vielleicht ſcheuen ſie ſich, einigen ihrer hervorragenden Mitgliedern vor den Kopf zu ſtoßen.

Die Leute vom Rheinlandbunde **haben Geld wie Heu**. Sie geben eine eigene Zeitung heraus, der ſie offen den Titel Rheiniſche Republik gegeben haben. In wahrhaft demagogiſcher Art gehen ſie an die Arbeit. Sie verſtehen es meiſterhaft, jeſuitiſche Schlauheit mit radikaler Tuerei zu verbinden. Beweis dafür iſt ein Aufruf An das rheiniſche Volk in der Nummer 2 der Rheiniſchen Republik.

Die alte Abneigung des Rheinländers gegen Berlin, der Ekel eines Teils der ſozialiſtiſchen Arbeiterſchaft gegen den **wiedererſtarkenden preußiſchen Militarismus**, das alles wird von ihnen in raffinierter Weiſe ausgenutzt, um für ihren Sonderſtaat Stimmung zu machen. Es iſt ſchwer, ihnen entgegenzutreten, wenn ſie in dem erwähnten Aufruf von der „ſozialiſtiſch maskierten preußiſchen Militär-, Geheimrats- und Schieber-Kamarilla“, wenn ſie von den „Revanchepläne preußiſcher Säbelraßler“ ſprechen und dieſe „als eine ewige Gefahr für den Weltfrieden“ betrachten. Können wir Unabhängige etwas anderes von dieſer Regierung ſagen? Dieſes alles führen ſie zur Begründung der Notwendigkeit ihres Zieles an, das ſie ſo formulieren:

> **„Errichtung eines unabhängigen Volksſtaates, im Föderativverband mit den in der Bildung begriffenen oberrheiniſchen Republiken.“**

Von der richtigen Erkenntnis ausgehend, daß ohne die rheiniſche Arbeiterſchaft ihr Plan undurchführbar iſt, wenden ſich die Sonderbündler mit beſonderem Eifer an die Arbeiterſchaft und verſprechen ihr goldene Berge. Ein paar Beiſpiele. Der Aufruf verheißt:

> **„Verbilligung der Nahrungsmittel und Induſtrieprodukte — Ausſchaltung des Wuchers und Schleichhandels — Gewinnbeteiligung der arbeitenden Klaſſen an den Unternehmungen — ausgiebigſte Entſchädigung der Kriegswitwen, -waiſen und Kriegsbeſchädigten, Ausbau des Achtſtundentages.“**

Ja, man fordert ſogar ſofortige „Betriebswahlen“. Das ſind einige der Köder. Man begreift ohne weiteres, mit wie gefährlichen Mitteln die Leute arbeiten. Indirekt werden ſie dabei noch unterſtützt von den Rechtsſozialiſten, die aus wahlagitatoriſchen Gründen — im Rheinlande finden in Kürze Gemeinderatswahlen ſtatt — die Mär verbreiten, die Führer der rheiniſchen U. S. P. ſtänden hinter dieſen Beſtrebungen, und die deshalb ſogar die die Sache betreffenden Erklärungen unſerer Partei unterſchlagen. Noch ſchwerer wird der rheiniſchen Arbeiterſchaft der Kampf gegen dieſe Sonderbündeleien gemacht durch den immer **reaktionärer** ſich geſtaltenden Kurs der **deutſchen Regierung**. Wir ſind wiederum außerſtande, den Rheinbündlern das Gegenteil zu ſagen, wenn ſie in ihrem Aufruf ſchreiben:

> „Wollt ihr noch weiter eure ſauer erarbeiteten Steuergroſchen trotz der Noskegarde in Berlin auf Nimmerwiederſehen verſchwinden ſehen?“ Wollt ihr noch weiter die Kriegslaſten und Beſatzungskoſten durch eure Arbeit allein tragen, während ſich trüben die Reaktion auf eure Rechnung ſtärkt und mäſtet?“ — „Die Weimarer Verfaſſung iſt wieder ein Rückfall in die alte preußiſche Reaktion.“ uſw.

Wir ſind davon überzeugt, daß die Leute vom Rheinlandbunde nur vorgeſchobene Puppen oder **Schildträger** der Macher der **Rheiniſchen Republik** ſind. Die Arbeiterſchaft iſt voller Mißtrauen gegen ſie. Wir gehen aber in den nächſten Wochen und Monaten ſchlechten Zeiten entgegen. Läuft dann die Politik der Reichsregierung in demſelben militäriſch-reaktionärem Gleiſe weiter, behalten, um noch einmal den Aufruf zu zitieren, „die junkerlichen Sozialiſten und die ſozialiſtiſchen Junker“ die Oberhand, wenden ſich dann die rheinländiſchen Arbeiter noch mehr von dieſer Regierung ab, dann wird die Lage ohne Zweifel günſtiger für die Pläne der Sonderbündler. Denn es kommt hinzu, daß die Richtung innerhalb der Rechtsſozialdemokratie — man denke an Profit in der Pfalz, Honrath in Aachen, auch Meerfelds Stellung iſt zweideutig — die unter gewiſſen Umſtänden ſich mit einer Loslöſung befreunden könnte, dann mehr zur Wirkung käme, als es ihr bisher gelungen iſt. **Die rheiniſche U. S. P. wird nach wie vor alle Sonderbeſtrebungen aufs ſchärfſte bekämpfen,** denn auch ſie kann ihre Politik nur im Verein mit der revolutionären Arbeiterklaſſe Deutſchlands durchſetzen. Sie iſt ſich bewußt, daß eine Loslöſung Rheinlands den Klaſſenkampf nur hemmen und fälſchen würde. Nur eine einheitliche deutſche ſozialiſtiſche Republik kann uns den Sieg der Arbeiterklaſſe bringen.

„Vertrauensvotum“ für Noske!

Noskes Militärdiktatur, zu der Belagerungszuſtand und Preſſeunterdrückung gehört, hatte helle Unzufriedenheit in weiten Kreiſen der Regierungsſozialiſten erregt. Dieſen Unzufriedenen eins auf den Kopf zu geben (wie Noske ſo ſchön ſagt), wurde immer mehr zur Notwendigkeit. Da griff die Berliner Parteileitung ein und bereitete ihrem herrlichen Noske ein — Vertrauensvotum. Aus Berlin meldet W. T. B.:

Berlin, 29. September. Unter der Ueberſchrift **Einſtimmiges Vertrauensvotum für Noske** ſchreibt der Vorwärts: Die geſtrige Agitationskonferenz unſerer Groß-Berliner Parteifunktionäre ſtellt ein beſonderes Ereignis in unſerer Parteigeſchichte dar. Sie hat das Vertrauensverhältnis zwiſchen der Berliner Parteigenoſſenſchaft und dem Genoſſen Reichswehrminiſter Noske, der an exponierter Stelle ſteht, neu gekräftigt und in einem einſtimmigen Vertrauensvotum für Noske geendet. In zweiſtündiger, glänzender Rede hat Noske die Prinzipien ſeiner Amtsführung dargelegt. Die ganze Ausſprache bewegte ſich auf erfreulicher Höhe und der Eindruck war allgemein, daß dieſes gegenſeitige Sichausſprechen von allergrößtem Nutzen geweſen iſt.

Der Voſſ. Ztg. zufolge ſagte Noske im weſentlichen folgendes: „Der Fall Reinhardt ſei für ihn erledigt. In vielen Berliner Räteverſammlungen geben jetzt ehemalige Unorganiſierte den großen Ton an. **Für Hunderte und Tauſende war die Revolution nur eine Gelegenheit zum Stehlen.** Das macht die anſtändigen Menſchen kopfſcheu und jagt ſie wieder dem alten Regime zu. Leute, die nie den Mund aufgemacht haben, ſolange der Schützengraben ihnen drohte, haben nach der Revolution **in den Fabriken an Terrorismus, Niederträchtigkeiten und Vergewaltigungen anderer Meinungen** die ſchlimmſten Sünden der vergangenen Machthaber tauſendfach übertroffen. Wenn wir durchkommen wollen, müſſen wir **den Mut zur Härte haben und lieber einige tauſend Tollköpfe opfern, als ein 60-Millionen-Volk.** Im Offizierkorps bleiben in erſter Reihe Leute, die im Januar für uns gekämpft haben, ſodann die armen Frontoffiziere, die ſich im Krieg ausgezeichnet haben. Wir werden am 1. Januar ein bettelarmes Offizierkorps haben, das mit ſeiner Exiſtenz an die Sicherheit des Landes und an die Feſtigkeit der Regierung gebunden iſt. Wo Uebergriffe vorkommen, ſchaffe ich Remedur. In Oſtpreußen habe ich Befehl gegeben, auf jeden Mann zu feuern, der nach dem Baltikum herüber will, aber auch dort läßt ſich der ſchauderhafte Knoten nicht mit Gewalt durchhauen, ſondern nur mit ſtarker ruhiger Geduld löſen.“

Da Herr Noske in der Luft ſchweben würde, wenn ihn ſeine Partei fallen ließe, ſind die Berliner ſtramm eingeſchwenkt und haben ihren Diktator, der ſie ununterbrochen mit dem Belagerungszuſtand peinigt, ihr — „Vertrauen“ bekundet. Wir ſagen Bravo! Denn es iſt wichtig, daß immer wieder feſtgeſtellt werde, daß **die Regierungsſozialiſten die Verantwortung übernehmen für das Treiben des Diktators!** Durch dies Vertrauensvotum wird erwieſen, daß die Regierungsſozialiſten den Militarismus, den Belagerungszuſtand, die Todesſtrafe und die Preßunterdrückungen als ſozialdemokratiſch im Sinne ihrer Grundſätze betrachten und gutheißen. Das genügt! Die Volksmaſſen erfahren ſo handgreiflich, was der „Sozialismus“ der Noskepartei geworden iſt!

*

Verſöhnung mit Reinhardt.

Herr Noske ließ ſeinen Oberſt Reinhardt, der ihm ſo gute Dienſte bei der Niederwerfung der Proletarier geleiſtet hat, von vornherein nicht fallen. Damit dem derben Gegenrevolutionär aber aus das weitere Wirken für Noske ermöglicht wird, hat, wie Noske triumphierend melden läßt, Oberſt Reinhardt dem Reichswehrminiſter folgende Erklärung abgegeben:

„Wie ich ſchon mehrfach gemeldet habe, weiſe ich es weit von mir, irgendwelchen gegenrevolutionären Beſtrebungen nahe zu ſtehen oder ſie ſelbſt zu betreiben. Vielmehr bin ich nach beſten Kräften bemüht, **die jetzige Regierung zu ſtützen** und zu dieſem Zweck ihr zu helfen, Ordnung und Ruhe in Deutſchland wieder herzuſtellen. In gleichem Sinne habe ich auch ſtets auf die mir unterſtellten Truppen eingewirkt. Das Gelöbnis, das ich in den nächſten Tagen auf Grund der neuen Verfaſſung ablegen werde, wird meine Treue zur Regierung erneut beweiſen. Die mir zur Laſt gelegten Aeußerungen über Mitglieder der Regierung ſind, wenn ſie gefallen ſind, in einer anderen Form und **in einer immerhin begreiflichen Erregung ſeiner Zeit gefallen und ſind keineswegs für die Oeffentlichkeit beſtimmt geweſen.** Es hat mir fern gelegen, der perſönlichen Ehre einzelner Regierungsmitglieder zu nahe zu treten.“

Das Reichskabinett hat beſchloſſen, daß in Berückſichtigung der Verdienſte des Oberſten Reinhardt von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit durch den Reichswehrminiſter Abſtand zu nehmen iſt. (W. T. B.)

Alſo: Herr Reinhardt hat die Aeußerungen („Geſindel“ und dergleichen) getan, ſie ſeien ſogar, abgeſehen von etwas „anderer Form“, **in einer begreiflichen (!) Erregung** berechtigt geweſen. Nur ſeien ſie „nicht für die Oeffentlichkeit“ beſtimmt geweſen — was man wohl glauben wird.

So iſt denn Herr Reinhardt als Sieger im Konflikte mit der Regierung hervorgegangen. Sein Geiſt beherrſcht die Reichswehr und die — Regierung. Noske iſt einig mit Reinhardt, die Regierungsſozialiſten ſind einig mit Noske — die Diktatur dieſes Gewaltregiments über das deutſche Volk iſt vollkommen!

Unerhörter Kohlenwucher.

Vor kurzem ſtellte die Zechenbeſitzerverſammlung des Kohlenſyndikats den Antrag, die Kohlenpreiſe um 45 Mk. und die Kokspreiſe um 60 Mk. pro Tonne zu erhöhen. Dieſe unverſchämten Forderungen hat das Reichswirtſchaftsminiſterium nicht etwa abgelehnt. Die Zechenbeſitzer haben mit ihrer Unverfrorenheit durchgeſetzt, daß ihnen vorläufig Preiserhöhungen von 10,50 Mk. für Kohle und 15,75 Mk. für Koks zugebilligt wurden. „Ueber die Frage, ob die Forderungen der Zechen nach weiteren Preisſteigerungen berechtigt ſind und ob insbeſondere die Koſten für den Bau von Arbeiterwohnhäuſern durch eine Steigerung der Kohlenpreiſe aufgebracht werden ſollen, werden die Unterſuchungen erſt eingeleitet werden.“ ſchreibt die Deutſche Allgemeine Zeitung.

Bei dem Entgegenkommen, das das Reichswirtſchaftsminiſterium bisher den Wünſchen und Begehren der kapitaliſtiſchen Ausbeuter gezeigt haben, wird es ſicher auch großes Verſtändnis für die „Berechtigung“ der Forderungen nach weiteren Preisſteigerungen an **den Tag legen.**

Der Seemannsſtreik.

Hamburg, 27. September. Die Lage im Seemannsſtreik iſt noch ungeklärt. Noch ſcheint die Zahl der Arbeitswilligen zu wachſen, worauf das Auslaufen mehrerer Dampfer im Laufe des Tages ſchließen läßt. Auch im Fiſchdampferverkehr erhofft man eine Beſſerung. Aus Kuxhaven wird das Auslaufen eines Fiſchdampfers und damit die Wiedereröffnung des Fiſchdampferverkehrs gemeldet. Dagegen haben, wie die Abendblätter melden, die in der Arbeiterunion organiſierten linksradikalen Hafenarbeiter beſchloſſen, ſich mit **den ſtreikenden Seeleuten ſolidariſch zu erklären und keine von den Seeleuten verlaſſenen Schiffe zu entlöſchen.** Der Seemannsbund beſchloß daraufhin, den Kampf fortzuſetzen, bis die aufgeſtellten Forderungen erfüllt ſind.

Hamburg, 27. September. (W. T. B.) Vom deutſchen Seemannsbund wird mitgeteilt: Die Streikleitung der Seeleute in Hamburg hat folgenden Beſchluß gefaßt: „In der Annahme, daß es dem Herrn Demobilmachungskommiſſar in Hamburg gelingt, die Regierung zu bewegen, mit uns in Verhandlungen zu treten, beſchließt die Streikleitung, die Gefangenen-Transportſchiffe unverzüglich freizugeben. Die Streikleitung verlangt jedoch, daß die von Bord gegangenen Beſatzungen der Schiffe unverzüglich wieder eingeſtellt werden.“

*

Wozu die „Einwohnerwehr“ gebraucht wird.

Lübeck, 27. September. Berliner Blätter melden: Hier kam es geſtern zu ſchweren Tätlichkeiten. Die Anhänger des Deutſchen Seemansbundes ſperrten eine Kette quer über den Hafen, um jeden Schiffsverkehr unmöglich zu machen. Da die Schutzleute dieſem Treiben der Seeleute nicht Einhalt tun konnten, wurde die Einwohnerwehr alarmiert, die das ganze Hafengebiet beſetzte und die Rädelsführer des Seemannsbundes kurzerhand feſtnahmen. Die Einwohnerwehr ſorgte dann auch dafür, daß die Arbeitswilligen wieder zur Arbeit zurückkehren konnten. — Nach andern Nachrichten ſind die Mitglieder der gegenrevolutionären Einwohnerwehr mit Waffengewalt brutal gegen die Streikenden vorgegangen.

Die Aufſtandsbewegung in Amerika.

Wie telegraphiſche Berichte aus Amerika über Holland beſagen, hat ſich die durch den gewaltigen Streik der Arbeiter in der amerikaniſchen Stahlinduſtrie gegebene Lage bedeutend verſchärft. Sämtliche Verſuche der Induſtriellen, desgleichen Verſuche Wilſons, den Streik aufzuſchieben, um inzwiſchen zu einer gütlichen Einigung zu gelangen, werden von den Streikenden glatt zurückgewieſen. Nur eine unbedingte Annahme ſämtlicher Arbeiterforderungen können zu einer baldigen Beendigung des Streikes führen. Ganz beſonders erbittert ſind die Streikenden über das rückſichtsloſe und brutale Vorgehen der Polizei, durch das es in zahlreichen Städten zu ſchweren Zuſammenſtößen gekommen iſt, bei denen zahlreiche Arbeiter getötet und verwundet wurden.

Die Lohnbewegung in der Stahlinduſtrie hat nunmehr auch auf die Bergarbeiter übergegriffen. Werden die vom Verbande der vereinigten Bergarbeiter aufgeſtellten Forderungen nicht bewilligt, ſo werden die Bergarbeiter am 1. November in den Generalſtreik treten.

Amſterdam, 27. September. (W. T. B.) Nach einer Reuter-Meldung aus Pittsburg wird die Weigerung des Präſidenten der Bethlehem-Stahlwerke, mit dem Stahlarbeiterausſchuß zu verhandeln, dieſem Ausſchuß zur Beſchlußfaſſung vorgelegt werden. Der Streik wird am Montag (heute) erklärt werden.

Alle dieſe Nachrichten zeigen ein überaus erfreuliches, aber auch ganz erſtaunliches Anwachſen des Klaſſenbewußtſeins der amerikaniſchen Arbeiter.

Kongreß der Sozialiſten des Oſtens.

Amſterdam, 27. September. Algemeen Handelsblad meldet, daß die japaniſchen Sozialiſten im Oktober einen Kongreß der Sozialiſten des Oſtens in Schanghai abhalten wollen. An die Sozialiſten Sibiriens, Südchinas, Britiſch-Indiens, Koreas und der Philippinen ſind Einladungen zu dem Kongreß geſandt worden.

Zum Wahlſiege der engliſchen Arbeiterpartei.

Ueber die Bedeutung des Wahlſieges, den die engliſche Arbeiterpartei über den unioniſtiſchen Gegenkandidaten im Wahlkreiſe Widnes davongetragen hat, ſchreibt Genoſſe A. Henderſon im Daily Herald. Er nennt ihn eine Warnung für die Regierung und eine Verheißung für die organiſierte Arbeiterbewegung.

„Für die Regierung iſt er ein Zeichen, daß ſie vollkommen das Vertrauen des Landes verloren hat. Seit dem letzten Dezember hat ſie bei ſieben Nachwahlen fünf Niederlagen erlitten und zwei Sitze nur mit verminderter Mehrheit halten können . . . . Das iſt eine bedeutungsvolle Tatſache, faſt ohne Parallele in der Geſchichte. Die Gründe ſind nicht ſchwer zu finden. Um nur zwei zu nennen: Ich glaube, daß das Volk feindlich geſtimmt worden iſt durch die Regierungspolitik gegenüber Rußland, und durch die Verworfenheit, die ihre Verwaltung charakteriſierte.“

Das ganze Volk ſei gegen die Intervention in Rußland, die es als eine Verſchwendung von Millionen britiſchen Geldes und britiſcher Leben anſehe. Eine Verheißung für die Arbeiterſchaft ſei die Wahl inſofern, als ſie den Beweis dafür liefere, daß es keine Feſtung der politiſchen Reaktion in England gebe, die nicht von der Arbeiterpartei bezwungen werden könne.

„Widnes hat eine unioniſtiſche Tradition von 30 Jahren, und wir gewannen den Sitz für die Arbeiterſchaft mit der vollen Arbeiterpolitik, indem wir ſowohl ihre nationalen wie die internationalen Forderungen ohne jede Zurückhaltung betonten.“ Der unioniſtiſche Gegner hat die internationale Politik der Arbeiterpartei vor und während des Krieges in den Vordergrund ſeiner Wahlreden geſtellt. Es vermochte den Sieg nicht zu verhindern. „Und die Verheißung von Widnes wird ſich bei der allgemeinen Wahl, möge ſie bald oder ſpät kommen, erfüllen, in dem Maße, in dem die Arbeiterſchaft ihrer Beſtimmung treu bleibt, den Wiederaufbau der Geſellſchaft und die Errichtung einer neuen internationalen Ordnung durch geſetzliche Methoden zu ſichern. Widnes hat gezeigt, daß die Arbeiterpartei ſtetig das Vertrauen der Wähler gewinnt, und wir müſſen Sorge tragen, daß wir es nicht verſcherzen.“

Inzwiſchen trifft auch die Regierung ihre Maßnahmen, um wieder feſteren Fuß zu faſſen — Lloyd George kündigt neue Vorlagen an, die den Forderungen der Bergarbeiter vor allem entgegenkommen ſollen. Er hat ein feines Gefühl für die Stimmung im Lande, aber es fragt ſich, ob er in der Lage iſt, plötzlich wieder nach links zu ſchwenken, nachdem er ſo lange mit rechts gegangen iſt. Und ſelbſt wenn er den Mut dazu aufbrächte, ſo iſt das Vertrauen in ſeine Politik doch bereits ſo erſchüttert, daß er ſich von einem Entgegenkommen an die Arbeiterſchaft nicht allzu viel verſprechen darf.

Betriebseinſtellung wegen Kohlenmangel.

Infolge Stockung der Kohlenzufuhr iſt ſeit mehreren Tagen in einem erheblichen Teile der Pfalz die elektriſche Stromverſorgung zeitweiſe unterbunden. In manchen Städten mußten die auf Elektrizität angewieſenen Betriebe ſchließen, teilweiſe auf die Zeitungen, wie in Neuſtadt a. d. Hardt und in Frankenthal. Auch mehrere Kleinbahnen konnten den Betrieb nicht aufrechterhalten. In Ludwigshafen ſind ähnliche Einſchränkungen notwendig geworden.

Die Getreideſchiebungen ins Ausland.

Obwohl große Mengen Lebensmittel vom Auslande eingeführt und infolge der großen Geldentwertung mit einem fünffachen des normalen Weltmarktpreiſes bezahlt werden müſſen, werden noch immer große Mengen deutſchen **Brotgetreides nach dem Auslande geſchoben.** **Die Zwangsbewirtſchaftung hat den Agrariern die Möglichkeit unbegrenzter Ausbeutung der Volksnöte beſchnitten.** Trotz Rieſengewinne in der Landwirtſchaft hat ſich dennoch **der Preis** auf dem deutſchen Getreidemarkt unter den **Weltmarktpreiſen** gehalten. Das gibt geriſſenen Schiebern Anlaß, **Brotgetreide über die Grenze** zu ſchaffen, was nach der Deutſchen **Allgemeinen Zeitung** wegen der ſchlechtfunktionierenden **Kontrollmaßnahmen gar nicht ſo ſchwierig iſt.**

Das **deutſche Volk wird durch dieſe gewinnſüchtigen Praktiken der Schieber und ihrer Helfersbanden immer mehr dem Hunger und Elend ausgeliefert.**

Die Schieberſchande.

Nachſtehendes Angebot wird im Abendblatt der Frankfurter Zeitung vom 9. September gemacht:

Abzugeben:			Mk.
150 000	Wolldecken, 180×220 Zentimtr. . .	pro Stück	30,50
150 000	Zeltbahnen, braune, beſte Sorte . .	„ „	18,50
150 000	Infanterie-Schaftſtiefel, gebraucht, ungeflickt, neu beſohlt	„ „	30,—
100 000	Schnürſchuhe, do.	„ „	25,—
120 000	Juteſäcke, 65×135 (2 Zentner) . . .	„ „	10,—
100 000	Einheitsdecken, gebraucht, neu aufgearbeitet, 140×190	„ „	12,85
12 000	Meter neues Wachstuch, Friedensware, 110 Zentimtr. breit, in 6 Muſtern .	„ Mtr.	13,—
20 000	Pferdedecken, gebraucht, faſt neu, 160×210	„ Stück	12,—
50 000	Lederpacktaſchen, neu	„ „	10,50
10 000	Pelze, Schaf	„ „	80,—
2 000	Pelze, beſſerer Qualität	„ „	100,—
5 000	amerik. Offiziers-Gummimäntel, chemiſch gereinigt, gut erhalten	„ „	80,—
20 000	Chauffeur-Lederweſten mit Aermel	„ „	48,—
100 000	Armee-Kavallerie-Sättel mit zwei Packtaſchen, neu	„ „	250,—

Ausfuhr ins Ausland iſt genehmigt.
Mindeſtabgabe 2600 bis 3000 Stück bzw. Meter.
Theodor Klüber, Hoflieferant, Schweinfurt.
Telephon Nr. 67. Telegrammadreſſe: Klüber.

*

Die rechtsſozialiſtiſche Preſſe ſtellt die naive Frage: ob die Regierung angeſichts ſolcher Ungeheuerlichkeiten dem Treiben einiger großer Schieber machtlos gegenüberſteht? Die wichtigſten Bedarfsartikel, wie Stiefel, Schuhe uſw., die bei den übertriebenen Preiſen von der großen Maſſe der Bevölkerung kaum noch zu erſchwingen ſind, werden von einem geriſſenen Geſchäftemacher zu Hunderttauſenden ins Ausland verſchachert. „Ausfuhr ins Ausland iſt genehmigt!“ — Es wäre intereſſant, zu erfahren, welche amtliche Stelle die Genehmigung gegeben hat. Sollte es wirklich wahr ſein, daß ein Beamter dieſe ſkandalöſe Schiebung ſanktioniert hat, dann wäre dieſer Mann allerdings fürs Zuchthaus oder fürs Narrenhaus reif.

Es iſt geradezu kindiſch, anzunehmen, daß für dieſen unerhörten Skandal nur eine einzelne „amtliche Stelle“ verantwortlich ſei. Nein, verantwortlich iſt dafür die geſamte „ſozialiſtiſche“ Regierung. Denn ſie hat es zugelaſſen, daß die Reichsverwertungsſtelle Heeresgut in privatkapitaliſtiſche Hände geſpielt hat, anſtatt es vor allem den unbemittelten Volksſchichten zugänglich zu machen. Die Folgen dieſer fürſorglichen Regierungspolitik zeigen ſich nun darin, daß ſich der Wucher und das ſchmarotzende Schiebertum immer ſchamloſer breitmachen. Sie haben dank der vollendeten Unfähigkeit der „ſozialiſtiſchen“ Regierung gute Tage, während große Maſſen des Volkes vor Hunger und Elend verkommen!

Feinde des Achtſtundentages.

Im Handels- und Gewerbeausſchuß ritt der deutſchnationale Volksparteiler Hammer eine Attacke gegen den Achtſtundentag. Handwerker hatten eine Petition eingeſandt, in der die Verlängerung der Arbeitszeit gefordert wurde. Hammer drang zwar nicht durch. Mit 10 gegen 9 Stimmen wurde Uebergang zur Tagesordnung beſchloſſen. Jedenfalls zeigt ſich aber hierbei, daß auch dieſe Errungenſchaft der Revolution nicht ſo abſolut geſichert iſt, wie es manchem ſcheinen möchte.

„Am Fuße der Sparenburg.“

Die Bielefelder Volkswacht ſchreibt: Der 38. Kongreß für Innere Miſſion wurde am Montag in Bielefeld eröffnet. Einmütig wurde eine Anregung angenommen, auf der erſten Tagung des Kongreſſes nach der Revolution auch des Mannes zu gedenken, der ſonſt als der oberſte Schirmherr der Arbeit des Kongreſſes galt, und es wurde folgendes Telegramm abgeſandt:

> An Kaiſer (!) Wilhelm und Kaiſerin Auguſte-Viktoria
> Amerongen (Holland).
>
> 2000 zum 38. Kongreß für Innere Miſſion in Bielefeld **am Fuße der Sparenburg** verſammelte evangeliſche Männer und Frauen gedenken Eurer Kaiſerlichen und Königlichen Majeſtäten in **tiefer Dankbarkeit** für alle den Anſtalten und Vereinen der Inneren Miſſion in drei Jahrzehnten bewieſene Treue und warme Fürſorge und in heißer Fürbitte, daß der ewig reiche Gott Eure Majeſtäten in ſeiner Gnade fort und fort erhalten und aus aller Not erlöſen wolle.
>
> „Gott legt uns eine Laſt auf, aber er hilft uns auch.“
>
> gez. D. Spiecker,
> Präſident des Zentralausſchuſſes für die Innere Miſſion
> der deutſchen evangeliſchen Kirche.

Am Fuße der Sparenburg. Sicherlich wird ſich der ehemalige Monarch beim Leſen des Telegramms ſeiner Rede erinnern, die er **Mitte Juni 1897 auf der Sparenburg** gehalten hat und die auf **Zuchthausandrohung für Umſturz** (hier war der Sozialismus und die Arbeiterbewegung gemeint) hinauslief. Die Zuchthausrede war nur ein Glied in der Kette der Bemühungen zur Erdroſſelung der Arbeiterbewegung. Die großſpurigen Reden Wilhelms II. waren nicht zuletzt die Urſache der Verhetzung des Deutſchtums im Auslande. An Stelle von chriſtlicher Liebe und Nachſicht ſetzte er Drohungen vom „geſchliffenen Schwert und getrocknetem Pulver“. Der Kongreß für Innere Miſſion hat mit dieſem Telegramm von neuem bewieſen, daß er gar keine Annäherung an Demokratie und breiteſtem Volkstum aus innerem Drange ſucht, daß die Lehren Jeſu und ſeine Liebe für die Aermſten, ſein chriſtlicher Sozialismus für die heutigen Jünger in nur ganz beſchränktem Maße Geltung haben.

Soweit die rechtsſozialiſtiſche Volkswacht, die in ihrer Kritik recht milde iſt. Wir verſtehen dieſe Milde. Handelt es ſich doch um Kreiſe, die noch immer heute unter der „Revolutionsregierung“ amtieren.

Notizen.

Zur Gehorſamserzwingung der Truppen im Baltikum. Die deutſche Regierung läßt melden: Demnächſt wird ſich eine gemiſchte deutſch-alliierte Kommiſſion nach dem Baltikum begeben, um an Ort und Stelle die mit der Räumung zuſammenhängenden Fragen zu klären und die nötigen Entſcheidungen zu treffen. Damit von vornherein die Maßnahmen, die die Kommiſſion trifft, unterſtützt werden, hat die deutſche Regierung angeordnet, daß den Truppenteilen, die den Abmarſch verweigern, **die Löhnung geſperrt wird;** auch ſollen die Angehörigen dieſer Truppenteile aller Verſorgungsanſprüche verluſtig gehen.

Die reichen Deutſchnationalen wollen Steuern nur als Anleihe zahlen! Der deutſchnationale Abgeordnete Hugenberg legt der Nationalverſammlung Leitſätze vor zur Erſetzung der Reichsnotopfervorlage durch eine Zwangsanleihe (Steueranleihe). Die Vermögensabgabe ſoll als eine Reichsanleihe (Steueranleihe) gelten, die mit 5 Prozent — **verzinslich iſt! Im Fall einer Beſſerung der wirtſchaftlichen Lage Deutſchlands ſoll das Ver-**

mögenſopfer zurückgezahlt werden! Großartig! Die reichen patriotiſchen Herrſchaften wollen ihr Geld dem Staate nur leihen, hohe Zinſen dafür ergattern und ſchließlich den Betrag wieder zurückhaben. Schäbig! Gemein!

Unabhängigkeit für Litauen. Die litauiſche Delegation bei der Friedenskonferenz teilt mit, der litauiſche Geſchäftsträger in London habe berichtet, daß nach einer Erklärung Lord Curzons die großbritanniſche Regierung die Unabhängigkeit Litauens anerkenne.

Serbien unterzeichnet. Wie die Pariſer Preſſe meldet, ſoll die ſerbiſche Regierung ſich jetzt entſchloſſen haben, den Friedensvertrag von Saint Germain zu unterzeichnen. Offenbar hänge dieſer Entſchluß mit dem Zwiſchenfall von Fiume zuſammen.

Peter wieder in Belgrad. Nach Temps iſt „König" Peter von Serbien nach fünfjähriger Abweſenheit nach Belgrad zurückgekehrt. Er wird eine Privatvilla bewohnen.

Die Regierungskriſe in Rumänien. Wie Temps aus Bukareſt meldet, konnte auch Manolesco Ramiceaone den Auftrag, ein Miniſterium zu bilden, wegen Widerſtandes der Parteivertreter aus Siebenbürgen nicht ausführen. Die Kriſe werde jedenfalls jetzt dadurch beigelegt, daß Bratianu Miniſterpräſident bleibe und ſein Kabinett umgeſtalte.

Naumanns Nachfolger. Der Parteiausſchuß der Deutſchen Demokratiſchen Partei hat den Abgeordneten Senator Dr. Peterſen, Hamburg, einſtimmig mit vorläufiger Wahrnehmung der Geſchäfte eines Vorſitzenden des Parteiausſchuſſes an Stelle des verſtorbenen Dr. Friedrich Naumann beauftragt.

„Auf Befehl Noskes". In Berlin haben ſich in der Nacht zum Sonntag drei Männer in Offiziersuniform in der Wachtſtube des Eiſenbahnregiments Nr. 4 auf Grund eines angeblichen Befehls Noskes die Regierungskaſſe ausliefern laſſen. Von den vier Geldkiſten ſind Sonntag früh drei erbrochen und leer, die vierte unverſehrt in Britz bei Berlin aufgefunden worden. Die Täter ſind verſchwunden.

Eiſenbahnzuſammenſtoß. Der Expreßzug Bordeaux—Marſeille ſtieß auf dem Bahnhof Taraſcon mit dem Expreßzug Marſeille—Lyon zuſammen. Es gab mehrere Tote und zwanzig Verwundete.

Adelina Patti, die berühmte, einſtmals ſehr gefeierte Sängerin, iſt im Alter von 96 Jahren in London geſtorben.

29. 9. 19

Aus der Provinz.

Die Mansfelder Reaktion marſchiert.

Es iſt recht intereſſant zu beobachten, daß jetzt überall die monarchiſtiſche Reaktion frech ihr Haupt erhebt, ſelbſt in Bezirken, wo unſere Genoſſen die Majorität der politiſchen Vertretung haben, wie das z. B. im Mansfeldſchen der Fall iſt. Es ſind zunächſt kleine Anzeichen, aber unſere proletariſchen Genoſſen müſſen auf der Hut vor der Gegenrevolution ſein! Im Kleinen fängt's an, und mit der gewaltſamen Vertreibung der Arbeitervertreter kann's enden, wenn — unſere Genoſſen nicht überall aufpaſſen!

Auf unſere Enthüllungen über die Eisleber Schul-Reaktionsfälle hat ſich der Mittelſtandsparteihäuptling Dr. Ebert zunächſt von der von ihm abhängigen Schüler- und Kandidatenſchaft ſogenannte Ehrenerklärungen in den Eisleber bürgerlichen Blättern geben laſſen, die freilich billig wie Brombeeren ſind und in denen die tüchtigen Kandidaten ſogar von „Verleumdungen" unſererſeits geſprochen haben. Warum hat anſtatt deſſen der tüchtige Herr Dr. Ebert nicht lieber eine Verleumdungsklage gegen uns eingereicht! Dann hätten doch alle Schüler und Kandidaten mit der Sprache unter Eid heraus müſſen, und dann hätte Herr Ebert auch nicht ableugnen können, daß er ſeine Schüler aufgefordert hatte, natürlich unter ſeiner väterlich-polizeilichen Fürſorge, einen ſog. Schulwandervogel zu gründen. Auch hätte der Mittelſtandsparteihäuptling Dr. Ebert nicht ableugnen können, daß er die Kapelle des Wandervogels zwar für ſeine ihm genehmen Zwecke verwandt, aber auf die Wandervögel dahin eingewirkt hat, daß ſie für harmloſe andere Wohltätigkeitszwecke nicht mitwirkten, in denen ausgerechnet nicht der Herr Ebert, ſondern Leute anderer Parteirichtung die Führung hatten! —

Jetzt kommt nun nach recht langen Tagen noch eine recht gewundene Ehrenerklärung für den Stockreaktionär, den Seminardirektor Dr. Wendt in den bürgerlichen Blättern Eislebens auf unſeren Artikel vom 15. September zutage, die die braven Kriegsſeminariſten unter dem moraliſchen und Examenszwange, den ſolch ein Herr Direktor ja natürlich ausübt, verfaßt haben! Haben ja doch Wendt und Haſſe direkt mit der Prüfung gedroht, um einzelne Seminariſten einzuſchüchtern. In der kurzen Erklärung der Kriegsſeminariſten werden zwar die von uns angeführten Tatſachen zugegeben, aber behauptet, ſie ſeien „verzerrt" worden!

Aber Herr Wendt, warum ſo ſchüchtern! Dann erzählen Sie doch ganz ruhig der Oeffentlichkeit, was Sie alles getan und geſagt haben! Oder ſcheuen Sie vielleicht die Oeffentlichkeit?! Vielleicht verraten Sie dann auch noch gleich, wie Sie ſich, verehrter Herr Wendt, gegenüber Ihren Seminariſten bei dem Miniſterialerlaß über Einrichtung von Schülerräten benommen haben! Oder wollen Sie extra in Abrede ſtellen, daß Sie vor Entſcheidung der einzelnen Seminarklaſſen auf dieſe in allerſchärfſter Weiſe abratend und warnend moraliſch und amtlich eingewirkt haben! Famoſe Zuſtände am Eisleber Seminar! Der rechtsſozialiſtiſche Miniſter Haeniſch wünſcht die Einrichtung von Schülerräten, aber der Herr Direktor Dr. Wendt tat alles, was er kann, um die Einführung nach dem ſchönen Vorbild der anderen reaktionären Schuldirektoren zu verhindern und dafür die lächerliche und ſchon ſeit altersher gebräuchliche Einrichtung von „Vertrauensmännern" wieder aufleben zu laſſen, die der Herr Direktor ſo ſchön an der Strippe hat! —

Unſere Mansfelder Genoſſen dürfen ſich darüber keine falſchen Vorſtellungen machen, daß die ganzen mansfeldiſchen Schuldirektoren weiter nichts als eine Geſellſchaft von Erzreaktionären ſind, die uns ins Geſicht ſchön tun, aber in ihren Schulen und hinter unſerem Rücken mit aller Macht und allen Mitteln die monarchiſtiſche Reaktion ſchüren! Daran iſt abſolut gar kein Zweifel! Sonſt nenne man doch nur die Schulen, in denen die Herren Direktoren Schülerräte eingerichtet haben! Man kann ſie vergeblich mit der Laterne ſuchen! —

Zu den Eisleber Fällen geſellt ſich nun auch noch Stadt Mansfeld. Hier iſt es nun nicht der Schulrektor — das iſt unſer Genoſſe Klonz —, ſondern da iſt es der Herr Oberpfarrer Schulze. Unſere Genoſſen im Mansfelder Stadtparlament haben unter der Führung unſeres Genoſſen, des Schulrektors Klonz einen Beſchluß gefaßt, daß der Oberpfarrer Schulze, der ſich ſchon lange ſehr mißliebig in ſeiner Gemeinde gemacht hat, ſeinen Konfirmandenunterricht nicht mehr in der Schule abhalten dürfe; er könne es in Räumen tun, die ihm die Kirchengemeinde dazu überlaſſen habe, z. B. in ſeinem Hauſe oder ſonſtwo in einem der Kirchengemeinde gehörigen Raume.

Was tut darauf der Herr Oberpfarrer Schulze? Dieſer tüchtige Seelſorger fordert die Konfirmanden zum Schulſtreik als Antwort auf den Magiſtratsbeſchluß in ſeiner Konfirmandenſtunde auf. Dieſer Tatbeſtand iſt einwandfrei durch Nachprüfen feſtgeſtellt worden! Alſo der monarchiſtiſch reaktionäre Pfarrer mißbraucht ſein ſeelſorgeriſches Amt dazu, um die Kinder gegen die öffentliche Schule aufzuhetzen! Und ſolche unerhörten Dinge wagen die Monarchiſten im ſozialiſtiſchen Mansfelder Lande unter dem rechtsſozialiſtiſchen Miniſter Haeniſch! Solche Dinge ſind eine unerhörte Provokation ſeitens der monarchiſtiſchen Reaktion, die ſich ſchon wieder feſt im Sattel fühlt; ſonſt würden ſolche Reaktionäre ſo etwas nicht wagen!

Mansfelder Genoſſen, wacht auf, paßt auf! Merkt euch, was im ſtillen unter den Mansfelder Reaktionären vor ſich geht! Verlaßt euch darauf: Gegen uns iſt die ganze bürgerliche Geſellſchaft unter ſich einig! Drum traut ihr nicht, auch wenn ſie euch Sand in die Augen ſtreuen will!

29. 9. 19

Querfurt. Der Kreistag beſchäftigte ſich hauptſächlich mit den Wahlen. Zu Provinziallandtagsabgeordneten wurden gewählt: Genoſſe Gaſtwirt Albert Renner-Gehüfte, Hauptlehrer Meik-Mücheln und Landrat v. Helldorf-Querfurt. Zu Kreisdeputierten wurden Genoſſe Friedrich Müller-Rothenſchirmbach und Bürgermeiſter Heinecke-Querfurt beſtimmt. Die Kommiſſionen wurden nach der Stärke der Fraktionen verteilt. Die Amtsvorſteherpoſten fielen den Bürgerlichen zu, die leider im Kreistage noch die Mehrheit haben. Landrat von Helldorf teilte zum Schluß dem Kreistage ſeine von uns bereits gemeldete Abſicht mit, in den Ruheſtand zu treten.

Kelbra. Stadtverordnetenverſammlung. In der letzten Sitzung wurden die Magiſtratsmitglieder Genoſſe Auguſt Gerlach als Beiſitzer, Genoſſe Wilh. Georgi und Herr Troebs als Senatoren eingeführt und verpflichtet. Die kleinen Vorlagen wurden nach den Beſchlüſſen des Magiſtrats angenommen, die Lichtpreiserhöhung als notwendig anerkannt und die Hoffnung ausgeſprochen, daß das Licht nun auch wirklich einmal brennt! Ueber die Gründung des Mieteinigungsamtes kam es zur längeren Ausſprache, da unſere Genoſſen mit den bürgerlichen Vorſchlägen nicht einverſtanden waren. Gewählt wurden dann: als Vorſitzender Herr Amtsrichter Bürert, als Stellvertreter Juſtizrat Manth, Bürgermeiſter Liebing und Genoſſe Karl Koch als Mieter, Genoſſe Jödik und Gutsbeſitzer Hatrodt als Vermieter. Hoffen wir, daß die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes, welches mit allen Vollmachten ausgerüſtet iſt, eine wirklich erſprießliche wird. War es doch bis jetzt möglich, daß zum Beiſpiel der Herr Oberpfarrer Greiner in einem Hauſe, welches früher die Schule Kelbras war, vollſtändig allein bewohnt, und daß auf der anderen Seite für Einwohner keine Wohnung zu beſchaffen war. Von „Wohlzutun und Mitzuteilen" iſt vielen Herren hier nichts bekannt. Da der Magiſtrat da einzuſchreiten in der Lage iſt, ſo werden in Zukunft wohl alle hieſigen Wohnungsſucher ein Plätzchen erhalten. Vor Zuzug möchten wir trotzdem warnen. Die Erhöhung der Grundgehälter der ſtädtiſchen Beamten wurde nach gründlicher Ausſprache angenommen.

Radefeld. Volksverſammlung. Eine am 25. September abgehaltene öffentliche Volksverſammlung mit dem Thema: Trennung von Kirche und Staat war recht gut beſucht. In verſtändlicher Weiſe ſchilderte Gen. Ryſſel den Anweſenden, wie die Kirche ſich nur im Schlepptau des Kapitalismus halten kann. Würde die Kirche nach ihren Worten handeln, müßte ſie ſich auf die Seite des Proletariats ſchlagen. Aber dann würden ihr die Mittel vom Staat und Unternehmertum entzogen und ihre Daſeinsberechtigung hörte auf. Die Kirche iſt nach wie vor nur der Stiefelputzer des Kapitals. An der Diskuſſion beteiligte ſich Paſtor Henneberg und Lehrer Ebberlein, deren Ausführungen Gen. Ryſſel glatt widerlegte. Die Verſammlung ſpendete dem Gen. Ryſſel reichen Beifall. Es wurde der Wunſch laut, des öfteren derartige Abende zu veranſtalten.

— Die Gemeindevorſteher- und Schöppenwahlen fielen auch hier zu unſeren Gunſten aus. Genoſſe Stange iſt als Vorſteher, Genoſſe Klepzig als 1. und R. Richter als 3. Schöppe gewählt. Der 2. Schöppe wurde durch das Los beſtimmt und fiel auf den Baumſchulenbeſitzer Müller. An den Einwohnern liegt es nun, feſt hinter den Gewählten zu ſtehen, um erſprießliche Arbeit leiſten zu können. — In Freiroda erhielten die Arbeiter den 2. Schöppen. Die nächſten Wahlen werden auch dort die Mehrheit bringen, da es ſich bei der letzten Wahl nur um 8 Stimmen handelte. — In Hayna haben unſere Genoſſen die Wahl beanſtandet, da die Gegner keine vorgeſchriebenen Stimmzettel hatten.

Wittenberg. Stadtverordnetenſitzung. Zu Beginn der Sitzung wurden die neuen Stadträte ſowie der Stadtverordnete Naumann eingeführt. Dem ſeitherigen Stadtrat Leonhardt wurde für langjährige Mitarbeit an der Löſung der ſtädtiſchen Aufgaben das Ehrenbürgerrecht verliehen. Unſere Genoſſen anerkannten die Verdienſte des Geehrten, lehnten aber die Erteilung des Ehrenbürgerrechts prinzipiell ab und enthielten ſich der Stimme. Auf Antrag des 1. Bürgermeiſters wurde ſodann Leonhardt als Bürgerdeputierter der Promenadenkommiſſion (ſeiner letzten Tätigkeit) zugeteilt; der Vorſchlag wurde allſeitig angenommen. Ein vorliegender Vertrag mit der Gartenſtadtgenoſſenſchaft, den Ausbau der Straßen innerhalb der Siedelung betreffend, wurde noch einmal zurückgegeben, da die Verſammlung einige Verbeſſerungen wünſcht. Es wurde hierbei lebhaft verurteilt, daß es der Genoſſenſchaft verwehrt iſt, Zweifamilienhäuſer zu bauen; die jetzige Bauart ſei viel zu unwirtſchaftlich. Dem Vorſchlag des Magiſtrats, den Reſt des Stadtzuſchuſſes (zirka 56 000 Mk.) ſchon jetzt zu zahlen, um die Genoſſenſchaft dadurch zu fördern, wurde zugeſtimmt. Dem Gasmeiſter Krüger, der 52 Jahre in ſtädtiſchen Dienſten ſtand, wurde das Ruhegehalt ab 1. Januar 1920 bewilligt. Der Vorſteher dankte dem alten, verdienten Veteranen für ſeine treuen Dienſte. Für die Einrichtung des Haushaltungsunterrichts an der Mädchenbürgerſchule wurden 20 000 Mk. bewilligt. Dem Wohnungsfonds wurden hierauf 50 000 Mk. überwieſen. Bis jetzt ſind zirka 180 Wohnungen dem Wohnungsmarkt zugeführt worden. Das Grundgehalt der vier ſtädtiſchen Schuldiener (Hausmeiſter) wurde auf 1000 Mk. feſtgeſetzt. Das Statut des Wilhelm-Auguſta-Hoſpitals wurde inſofern geändert, als die Hinterlaſſenſchaft der Inſaſſen dem Hoſpital gehören ſoll, was bisher ſatzungsgemäß nicht ausgedrückt war. Der Dirigent der Militärmuſikkapelle hat mit dem Muſikdirektor Kuhne einen Pakt geſchloſſen, wonach beide gemeinſam ein ſtädtiſches Orcheſter bilden werden. Zur Unterſtützung dieſes Unternehmens wünſchten die Herren einen ſtädtiſchen Zuſchuß, wogegen ſie ſich verpflichten, wöchentliche Platzkonzerte (an einem Wochentagabend) ſowie gute Volkskonzerte gegen 1 Mk. Eintritt zu veranſtalten. Die Verſammlung ſtimmte einem Zuſchuß von 12 000 Mk., auf zwei Jahre verteilt, zu; auch ſollen die Muſiker im Deutſchen Muſikerverband organiſiert ſein. Weiter war die Sitzung damit einverſtanden, daß die Stadt die Verſicherungsbeiträge für eine Reihe ſtädtiſcher Angeſtellter trägt. Die Wahl des 4. beſoldeten Stadtrates ließ die Gemüter hart aufeinanderplatzen. Die Bürgerlichen hatten für dieſe Stelle, der die Oberleitung über das Gas-, Elektrizitäts- und Waſſerwerk übertragen werden ſoll, in der Perſon des Stadtverordneten Ing. Flämig ihren Mann bereits gefunden, während unſere Genoſſen die Ausſchreibung verlangten und den Bewerber zunächſt auf ein Probejahr verpflichten wollten. Obwohl es in voriger Sitzung hieß, daß ſich hierzu niemand finden würde, lag doch jetzt ein annehmbares Geſuch vor, ſo daß die Fraktion mit aller Kraft auf ihrer Forderung beharrte, bis ſie von den Bürgerlichen niedergeſtimmt wurde. Der neue Mann wurde mit 16 Stimmen von 29 Anweſenden gewählt. Der Leiter des Elektrizitätswerkes wurde hierbei ebenfalls allſeitig ſcharf kritiſiert. Ein Antrag auf Ausſcheiden der Stadt aus dem Kreiſe wurde lebhaft für und wider beſprochen. Man will das Ergebnis der Verhandlungen abwarten, ehe man ſich endgültig entſcheidet.

Allerlei.

Wie die Kapitalſchieber arbeiten.

Wie deutſches Geld nach der Schweiz geſchafft wird, davon weiß der Bayeriſche Kurier einen eigenartigen Fall zu erzählen. Einem deutſchen Grenzbeamten bei Konſtanz iſt es ſeit einigen Tagen aufgefallen, daß in der Morgendämmerung und in der Zeit der Abendröte regelmäßig ein Schäferhund im ſchnellſten Laufe die Grenze paſſierte und daß ebenſo regelmäßig auf ſchweizeriſcher Seite ein beſtimmter Pfiff ertönte. Man fing dieſen Schäferhund ein und ſtellte feſt, daß er am Halsband ein Körbchen trug, in dem ſich 200 000 Mark neuen deutſchen Tauſendmarkſcheinen befanden. Nach dem Wert der einen Sendung zu beurteilen ſind anſcheinend erhebliche Summen allein durch den Hund über die Grenze geſchmuggelt worden.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kaſparek; für Aus der Provinz und Verſammlungsberichte Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck Halleſche Genoſſenſchaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; ſämtlich in Halle.

Ingenieur Horſtmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

15] [Nachdr. verb.]

Bis jetzt hatte er noch nie einen Menſchen geliebt, außer vielleicht in der Erinnerung ſeine Mutter. Er hatte wohl Menſchen in ſich aufgeſogen, ihnen ſeinen Willen, ſeine Meinung aufgeprägt, aber er war nie in ihnen aufgegangen . . . Nun aber fühlte er ſich von dieſem Mädchen beſeſſen. Er war von ihr behext und beherrſcht. Wenn ſie jetzt vor ihm geſtanden hätte, hätte er geſagt: Mach mit mir, was du willſt. Ich gehöre dir. Und er fühlte, das dies ſein Verderben war. Er war entwurzelt aus ſeinem bisherigen Leben, im Gegenſatz zu ſeiner Vergangenheit. Sein Verſtand empörte ſich, riet ihm, alle dieſe Menſchen zu fliehen, für die er nicht geſchaffen war, in die Einſamkeit zurückkehren, in der ſich ſeine Kraft ungeteilt erhalten hatte.

Aber trotzdem ihm eine innere Stimme ſagte, daß er jetzt in ſein Unglück lief, gab er ſich nicht weiter Rechenſchaft über ſein Handeln, ſondern folgte der dunklen Macht, die ihn wie einen an Stricken Gefeſſelten führte. Er begab ſich in den Saal zurück, und ſobald er Anna erblickt hatte, ging er geraden Wegs auf ſie zu.

Als ſie ihn kommen ſah, ſuchte ſie ihm zu entgehen. Sie ſtand im Geſpräch mit einem Herrn. Aber Horſtmann trat zwiſchen die beiden.

„Bitte auf ein Wort."

„Ich wollte gerade tanzen," erwiderte Anna kurz.

Aber Horſtmann ergriff ihr Handgelenk, und ſich vor dem Herrn verbeugend, ſagte er:

„Entſchuldigen Sie, ich habe der Dame etwas mitzuteilen."

„Ja, was iſt denn paſſiert? Laſſen Sie mich gefälligſt los! Was iſt das für eine Art?"

„Gehen Sie unter die Galerie! Sie wollen einen Skandal vermeiden, nicht wahr? Gut — dann tun Sie, was ich Ihnen ſage."

Er ging voran, an den Tiſchen vorbei, die ſchmale Treppe hinauf, die zur Galerie führte. Er blickte ſich nicht nach Anna um, an dem Rauſchen des ſchweren Brokats hörte er, daß ſie ihm folgte.

Auf dem erſten Abſatz blieb er vor einem großen Fenſter ſtehen. Die Luft war heiß und dumpf. Man hörte das Surren des dem Hahn entſtrömenden Gaſes. Die Flamme warf einen gelben Kreis über die Kalkwand, während aus dem Fenſter aſchgraues Morgenlicht hereinbrach.

Horſtmann ließ Anna an ſich vorbeigehen, dann trat er an die ſchmale Treppenmündung und ſah ſie finſter an.

„So! Nun hören Sie!"

„Was wollen Sie denn von mir?"

Sie richtete ſich auf und ſuchte ihre Furcht hinter einer ſtolzen Miene zu verdecken.

„Hat Herr Holleder nicht mit Ihnen geſprochen?"

„Mit mir — worüber?"

„Ich hatte ihn gebeten, Sie Donnerstag abend zu beſuchen, hat er das nicht getan?"

„Ja. Donnerstag abend war er bei mir."

„Hat er nicht von mir geſprochen?"

„Doch" . . . ſagte Anna langſam, während ſie fühlte, wie ihr Herz in raſendem Tempo ſchlug. „Wir ſprachen von Ihnen . . . von Ihren Bauten."

„Und was ſagten Sie dazu?"

„Ich? . . . Warum wollen Sie das wiſſen?"

„Ich will's wiſſen."

„Ich . . . ich ſagte . . . Aber was wollen Sie eigentlich?"

„Ich möchte Sie fragen, ob Sie . . . meine Frau werden wollen?"

Sie ſah ihn mit weit offenen Augen an. Sie war ſo blaß und ſpitz geworden, daß ſie faſt häßlich ausſah. Ihr Kopf fiel auf die Bruſt. Er blickte ſtumm auf ihr Haar, das in kleinen Löckchen die Perlenkrone umkräuſelte. Als ſie ſchwieg, legte er ſeine heiße Hand um ihren Arm.

„Wollen Sie meine Frau werden, Fräulein Düsbach? Antworten Sie mir!"

„Ich kann nicht gleich antworten," ſtotterte ſie.

„Hat meine Frage Sie denn überraſcht?"

„Ja."

„Was antworteten Sie denn, als Ihr Freund von mir ſprach?"

Sie richtete ſich auf und ſah ihm gerade ins Geſicht.

„Ich habe geſagt, daß ich Sie bewundere."

Er ergriff ihre Hand, die das Spitzentuch hielt, als wenn er ſie küſſen wollte.

„Ich geh' nicht eher, als bis Sie mir Ihre Antwort geſagt haben."

Ihr traten Tränen in die Augen, ſo ſchmerzte ſie der furchtbare Druck ſeiner Hände.

„Sie tun mir weh."

„Antworten Sie!"

„Ja . . . ich will . . ."

Einen Augenblick betrachtete er das glänzende Geſchöpf, das in gebrochener Haltung vor ihm ſtand. Dann riß es ihn auf die Erde nieder. Er hatte den unbezwinglichen Wunſch, ſich vor ihr zu erniedrigen, und bedeckte ihre Hand mit glühenden Küſſen. Sie ſtand halb abgewandt und ſtarrte aus dem Fenſter auf die graue Straße hinab, wo in ſchwerfälligen Droſchken die Leute nach Hauſe fuhren. Die Maskerade war zu Ende, die Wirklichkeit begann. . . . Sie zog ihn langſam zu ſich empor. Während ſie in ſeine Augen blickte, fand ſie ihn häßlich, aber nicht ſo abſchreckend, wie ſie gedacht. Sie nahm ſeinen Arm.

„Kommen Sie, wir müſſen es jetzt Mama mitteilen."

Bleich und grau wie das Geſpenſt des Aſchermittwochs, mit brennenden Augen, die fortwährend zufielen, und die ſie dann unnatürlich weit aufriß, ſaß Frau Regierungsrat auf dem Stuhl, wo ſie ſeit Beginn des Balles geſeſſen hatte. Kein Menſch war mehr im Saal. Halbleere Weinflaſchen ſtanden auf dem Tiſch. Auf einem Porzellanteller ſchwelte eine Zigarre, die Dehwitz dort hatte liegen laſſen. Eine fade, ſüße Luft wie in einer Weinkneipe nach dem Morgen eines großen Gelages ſchwebte über dem Raum. Durch die ſchweren Portièren lugte das graue Morgenlicht.

Ein Kellner lehnte ſich verſchlafen an einen Stuhl und hielt fortwährend den einſamen Gaſt im Auge.

Wenn Frau Düsbach einen Funken von Hoffnung gehabt hatte, ſo war er jetzt erloſchen. Sie fühlte ſich verlaſſen und verraten von allen. Wo ihre Tochter ſich herumtrieb, war ihr gleichgültig. Wenn ſie ſelbſt erſt nur wieder zu Hauſe wäre! Aber ſie wagte nicht aufzuſtehen, aus Angſt vor dem Kellner.

Sie bemerkte nicht, wie die beiden in den Saal traten. Erſt als ſie vor ihr ſtanden, fuhr ſie erſchrocken auf.

„Ich habe mich eben mit Ihrem Fräulein Tochter verlobt."

Sie verſuchte Horſtmann anzulächeln, aber gelb wie Wachs werdend, fiel ſie in den Stuhl zurück. Es dauerte eine Weile, bis ſie wieder zu ſich kam. Und auch dann vermochte ſie kaum ein paar vernünftige Worte hervorzubringen, ſondern bemerkte nur, es wäre nicht bezahlt.

(Fortſetzung folgt.)

Walhalla-Operetten-Theater.

Anfang ½8 Uhr:
Zum 42. Male: 4634
Schwarzwaldmädel.
Kasse 10-1½ und 4-6 Uhr.

Kopfläuse u. Brut *1622
vernichtet
Lausto 3fach stark geruchlos
Flaſche 2.25 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, ſchreibe man an Neopharm, Hannover 46.

---

3 Könige, Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.
Bestes Familien-Varieté am Platze!
Nur noch 2 Tage: 4636
Emil Reimers (Lachstürme auf Lachstürme).
Dienstag Abschiedsvorstellung mit auserwähltem Programm.

Bratwurst glöckle-Varieté.
Stürmischen Beifall erzielt der urkom. Varieté-Spielplan mit der tollen Burleske: **Die falsche Frau.** 4630
Dienstag: Abschieds-Vorstellung der vorzüglichen erstkl. Künstler.
Täglich: Anfang nachm. 3 Uhr.

B. B.B.
Beths Bunte Bühne
Nur noch 2 Tage das vorzügliche Programm!
4624 **Morgen, Dienstag:**
Abschieds-Abend für den beliebten
Blitz-Dichter Oskar Burger.

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen!
4088

Das Eheglück
der Frau beruht in ihrer Reinlichkeit u. Gesundheit. Dies wird erreicht durch tägliche Anwendung des einzigen ärztlich empfohlenen Frauenspülmittels
„ALVITOL“ *2970
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien etc.
Proben und Prospekte versendet
Max Hahn, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Fahrräder nur erstklassige :: Fabrikate ::
mit **Gummibereifung**
sofort lieferbar. *1613
Nähmaschinen nur erste deutsche — Fabrikate. —
Billigste Preise für allerbeste Waren
ist meine Grundbedingung.
Fritz Schönbrodt, Bitterfeld,
Tel. 284. — **Markt 5.** — Tel. 284

U.T

Leipzigerstr.
4635 Nr. 88
Fernruf 1224.
„Die Tochter des Mehemed“.
Neuartiges spannendes Drama in 4 Akten mit Ellen Richter, Harry Liedtke.
Die Handlung spielt in Marokko.
Vorführ.: 4.50, 7.00, 9.20.
Lotte Neumann
in dem reizenden Lustspiel in 2 Akten:
„Evas Hemd“.
Vorführ.: 4.10, 6.20, 8.30.
Die neuest. Wochenberichte.
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade
Nr. 11a
Fernruf 5738.
Henny Porten
in dem ergreifenden Drama in 5 Akten:
„Die lebende Tote“.
Vorführ.: 4.40, 6.50, 9.10.
Die Flamme des Maharadscha.
Ein Lustspiel mit köstlichem Humor.
In d. Hauptrolle: Ferd. Buch
Vorführ.: 4.00, 6.10, 8.20.
Die neuest. Wochenberichte.
Beginn 4 Uhr.

Kammer-Lichtspiele
GROSSE STEINSTR. 24.
In einer Nacht...!
Sensationsbild aus dem Leben der Pariser Apachen.
Jugendliche verboten.
4636

Soeben erschien das Septemberheft der
Lichtstrahlen
Zeitschrift für Internationalen Kommunismus.
Herausgeber **Julian Borchardt.**
Zweimal monatlich pro Heft **70 Pf.**
Bei jedem **Postamt** zu abonnieren (für **3.90 Mk.** pro Quartal). 14. Nachtrag der Postzeitungsliste. *2974
Verlag der Lichtstrahlen,
Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Volkspark,
Burgſtraße 27.
Kräftiger 3940
Mittagstiſch.

Markenfreie 4574
Kerzen
friſch eingetroffen.
M. Bartl,
Gr. Steinſtraße 34, Ecke Margaretenſtr.

Blattläuſe
und alle Pflanzenſchädlinge tötet man ſof. mit
„Juckſin“
Die Pflanzen ſind nach einmaligem Beſtäuben frei von Ungeziefer. Ueber die Vorzüglichkeit d. Juckſins lieg. mehrere 1000 Gutachten vor. Nur das echte „Juckſin“ hilft! Kein anderes Präparat aufreden laſſen! 4236
Poſtverſ. Elverge e.G.m.b.H.
Halle a.S., Gr. Märkerstr. 5.

Hüte 4431
in allen Preislagen am Lager, ſowie ſämtliche Zutaten. Alte Hüte werden auf neueſte Form preiswert umgearbeitet.
E. Schlippe,
Zwingerſtraße 11 I.

Kaufe
alte, auch zerbrochene
Zahngebiſſe.
Zahle für Zahn bis 8 Mark,
auch Brennſtifte, zahle für Gramm Platin 55 Mk.
Nur Dienstag, den 30. September *2979
Hotel Europa, Zimmer 63, von 10—7 Uhr abends.

Gutes, ſchw. Federbett, guterhalt. Fahrrad mit Freilauf, Ulſter f. jungen Mann, Schnürſchuhe, Nr. 40, Schneiderbüſte, 2 Fahrradſchläuche, alte Mäntel f. Pantoffelmach., 2 Gaslamp. billig z. verk., Gr. Goſenſtr. 12 p., Eing. Advokatenweg. 4626

Lumpen, Wolle, Neutuch, Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchſten Tagespr. u. holt auf Wunſch ab 2292
Ludwig, Schwetschkestr. 14

Chaiselongue 4629
mit gutem Bezuge, auch mit **Plüſchdecke zu verk.** Gr. Goſenſtr. 12, part., Eing. Advokatenweg.

Kaninchen zu verkf. Gr. Goſenſtraße 12, pt., Eingang Advokatenweg. 4628

Futterrüben *2976
zu verkaufen Reilſtr. 103.

Kaufe Nähmaſchinen
wenn auch nicht nähend,
4631 **Breiteſtr. 23a** I l.

Empfehlen z. Anschaffung
Für Betriebsräte im Bergbau.
Unterrichtsbriefe zum Studium des Bergwerksbetriebes und der darauf bezüglichen gesetzlichen u. polizeilichen Vorschriften
von E. Roggenkämpfer.
Preis 2.— Mk. Porto 20 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Stadttheater.
Dienstag, den 30. Septbr. Anf. 7 Uhr. Ende 11 Uhr:
Egmont. 4639
Mittwoch:
Einsame Menschen.

Guterhalt. Säcke, Packleinwand zu kauf. geſucht.
E. Dippold, 4627
Große Goſenſtraße 12, Eingang Advokatenweg.

Apollo-Theater.
Tägl., abends 7½ Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette v. F. Léhar.
Hanna . . **M. Heim.** 4637
Danilo . . **H. Forstner.**
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

4621 **Möbel.**
Empfehle in großer Auswahl: Ganze Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, einzelne Möbel aller Art, beſonders Bettſtellen mit Matratzen, Sofas, Kleiderſchränke, Vertikos, ſchöne Küchen uſw.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen.
— Kredit auch nach auswärts. —
Kriegsanleihe und Sparkaſſenbücher werden in Zahlung genommen.
N. Fuchs,
Möbel-Ausſtattungs-Geſchäft,
Halle a. d. S., Gr. Ulrichſtr. 58,
I., II., III. Etage.

Raub-
bau wurde 4 Jahre mit der Wäſche getrieben. Jetzt wäſcht jede Hausfrau ihre Wäſche mit
Salmiak-Waschpulver „AKA“
Keine Kriegsware
Aus reinen Rohmaterialien hergeſtellt, mit hochprozentiger Kernſeife. Ohne Chlor u. ohne Ton, vollſtändig unſchädlich für die Wäſche.
Salmiak-Waschpulver AKA
Bleichsoda AKA
Hochglanz-Schuhkreme „Akalin“
Vertreter für alle Bezirke geſucht.
Generalvertreter:
R. Kindler, Bitterfeld,
Töpferwall 26e. *2976

Flechten Wunden offene Füsse, Krampfaderleiden, heil. sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe“.** Preis 2,70 und 5,10 M.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei *1578
Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 126.

Neu erschienen!!
Sehr zu empfehlen:
Arbeiterstand und Eheglück
oder 2485
Wie schütze ich mich vor stark. Familienzuwachs?
Auf gesunde Art.
Und etwas über moderne Säuglingserziehung.
Preis 80 Pf. Porto 10 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Arbeitsmarkt

Höchsten Verdienst *2977
finden Leute jed. Standes in Haupt- u. Nebenerwerb. Auskunft von **Schliessfach 116, Kassel,** Abt. E. 22. Rückporto erbeten.

Bettſtellen
Patentmatratzen
Ausziehtiſche
Nußb.-Vertikos
in großer Auswahl.
G. Schaible
Möbelfabrik,
Gr. Märkerſtraße 26,
am Ratskeller. 3833

Rheumatismus-, Herzschwäche- u. Ischias-Leidenden gebe unentgeltlich Auskunft, wie ich von meinem 5jährigen Leiden befreit wurde. Anfrag. Rückporto beifüg.
L. Peltzer, *2939
Heiligenstadt (Eichsf.).

Reparaturen
2376 an
:: **Uhren** ::
übern. bei ſolider Ausführ. zu normalen Preiſen.
Kurt Unger, Uhrmacher,
Große Steinſtraße 85
(gegenüber Barfüßerſtr.)

Kautabak
echter Nordhäuser
auch an Wiederverkäufer
K. Gimpel,
Alte Promenade 6. 4576

Halleſches Adreßbuch
1920

Die verehrlichen Haushaltungsvorſtände werden hiermit gebeten, die ihnen durch die Herren Hauseigentümer oder Verwalter zugegangenen **Hausliſten für 1920** genau und leſerlich auszufüllen und ſie dann ſo ſchnell wie möglich weiterzugeben. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine beſondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugeſtellt wurde, bitten wir, die Rubriken der Hausliſte möglichſt genau auszufüllen, zumal dieſe Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Haushaltungsvorſtände, denen die Liſte bisher nicht vorgelegt wurde, wollen gefälligſt bei den Hauseigentümern und Verwaltern darum nachfragen und die Eintragung ſchleunigſt vornehmen oder uns ihre Angaben ohne Verzug **direkt** einſenden. Die

Abholung der Hausliſten beginnt Mittwoch, den 1. Oktober.

Wer das Adreßbuch zum Vorbeſtellpreiſe erwerben will, darf nicht überſehen, dies in die richtige Spalte der Hausliſte einzutragen. Nach dem 31. Oktober tritt der um 8 Mark höhere Ladenpreis in Kraft.

Da die Bewohner von Halle das allergrößte Intereſſe haben, ein möglichſt vollkommenes und zuverläſſiges Adreßbuch zu beſitzen, ſo dürfen wir wohl erwarten, unſere oben ausgeſprochene Bitte erfüllt zu ſehen. 4622

Halle (Saale), den 27. September 1919.
Sternſtraße 13.

August Scherl Deutsche Adreßbuch-G. m. b. H.

Familien-Nachrichten.

Dankſagung.

Für die vielen Beweiſe herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis unſeres lieben Sohnes, Bruders, Neffen und Enkels, ſowie für die ſchönen Kranzſpenden ſagen wir Allen unſeren herzlichſten Dank. Beſonders Dank dem Herrn Paſtor Buz für ſeine troſtreichen Worte am Grabe. Herzlichen Dank auch meinen werten Arbeitskollegen für die gleichfalls ſchöne Kranzſpende. 4633

Halle a. S., Merſeburgerſtraße 105.
Die trauernde Familie
Wilhelm Köhler.

Für die vielen Beweiſe herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unſerer guten Mutter, Tochter, Schweſter, Schwägerin und Schwiegertochter, ſagen wir allen herzlichen Dank, die ihren Sarg ſo reich mit Blumen ſchmückten und ſie zur letzten Ruhe geleiteten.
Beſonders Dank Herrn Paſtor Giſeke für ſeine troſtreichen Worte am Grabe.

Robert Schwenke und Kinder
nebst Verwandten.

Halle (S.), den 29. September 1919. 4630

Nr. 228. — 30. Jahrgang. **Beilage zum Volksblatt.** Halle (Saale), 29. September 1919.

Die Mörderzentrale in Halle.

Wie die Mörder Meſebergs „gearbeitet“ haben.

Die reaktionäre und rechtsſozialiſtiſche Ordnungspreſſe veröffentlicht jetzt faſt jeden Tag angebliches Beweismaterial über abſichtigte kommuniſtiſche „Umſturz- und Mordpläne“. Zu den Preßreptilien, die an jener allgemeinen Preßkampagne, deren Abſicht mit Händen zu greifen iſt, in hervorragendem Maße teilnimmt, gehört, wie ſchon mehrfach dargelegt, die antiſemitiſche Halleſche Zeitung. Sie war es, die aus der Verhaftung der aus München angeblich in beſtimmter Abſicht nach hier gekommenen beiden jungen Burſchen und der Feſtnahme mehrerer Mitglieder der Kommuniſtiſchen Partei eine ſenſationelle Mordgeſchichte machte. Mit Windeseile machte die von der H. Ztg. erfundene Lügenmeldung, daß hier eine kommuniſtiſche Mörderzentrale beſtehe, deren Ziel die gewaltſame Beſeitigung verſchiedener führender Perſönlichkeiten neben dem Spitzel Hartung ſei, die Runde durch die rechtsſozialiſtiſche und reaktionäre Preſſe. Die Brandmarkung einer ſolch gemeingefährlichen, verächtlichen Methode durch uns, ihre Kennzeichnung durch die Halliſche Polizei hat dieſe abgebrühte Sippſchaft natürlich völlig unberührt gelaſſen. Nach dem Jeſuitengrundſatz: „Verleumde nur darauf los, es bleibt ſchon etwas hängen!“ wird weiter frech drauflosgeſchwindelt. Nicht unintereſſant iſt, daß unſere wiederholten Feſtſtellungen, der ganze „Mordplan“ mit ſeinem Drum und Dran ſei von der berüchtigten, hier in Halle eine Geſchäftsſtelle unterhaltenden Antibolſchewiſtiſchen Liga fein ſäuberlich bis ins kleinſte vorbereitet, mit peinlichem Schweigen übergangen worden. Warum? Weil dann auch die denkträgen Leſer des antiſemitiſchen Radaublättchens dahinterkommen würden, daß ihnen hier eine — durch gewiſſe nicht in Berechnung geſetzte Umſtände — verpfuſchte Lockſpitzelgeſchichte vorgemacht worden iſt.

Und wie ſteht es mit der Mörderzentrale? Jeder Hallenſer wird ſich wohl noch erinnern, daß Mitte März, alſo vor mehr als einem halben Jahre, der Matroſe Karl Meſeberg unter dem „Schutze“ des vom General Maercker verhängten Belagerungszuſtandes aus der Wohnung geſchleppt, erſchoſſen und in die Saale geworfen wurde. Gedungene Elemente waren es, die den elenden Meuchelmord mit kühler Ueberlegung, nach wohlvorbereitetem Plan ausführten. Die Blätter vom Kaliber der Hall. Ztg., die ſich heute vor ſchäumender Entrüſtung förmlich überſchlagen, meinten damals kurz und bündig, nur ein „Spartakiſt“ ſei von Unbekannten „anſcheinend“ ermordet. Nichts weiter! Kein Wort des Bedauerns, keine Silbe der Kritik über dieſe verruchte Mordtat an einem Menſchen, der übrigens die Rolle gar nicht geſpielt hat, die ihm die Meuchelmörder unterſchieben.

Während man hier bei dem kommuniſtiſchen „Mordplan“ mit Maſſenverhaftungen recht ſchnell vorging, mit der Aburteilung der an der Beſeitigung Klübers angeblich beteiligt Geweſenen es ſehr eilig hatte, hat man von der Sühne an dem von ſogenannten „Gebildeten“ mit kühler Ueberlegung begangenen Verbrechen an Meſeberg noch nicht das geringſte gehört. Der eigentliche Mörder iſt nach Holland und Amerika entkommen; ſeine Helfershelfer haben es natürlich jetzt ſehr leicht, ſich als die reinen Unſchuldslämmer hinzuſtellen und alle Schuld auf den — zur Freude der Gegner Gott ſei Dank glücklich — Entkommenen abzuwälzen.

Am 21. März, alſo noch bevor Meſebergs Leiche aus der Saale gezogen wurde, haben wir der Polizei, der Staatsanwaltſchaft und dem Kriegsgericht genaue Angaben über die Einzelheiten bei der Ermordung und die dabei beteiligten Perſonen gemacht. Da uns beſchleunigte Unterſuchung und Verfolgung zugeſagt worden war, haben wir, um die Ermittlungen nicht zu gefährden, bisher geſchwiegen, obzwar uns das angeſichts der ſich tagtäglich häufenden Verbrechen an der revolutionären Arbeiterſchaft ganz gewiß nicht leicht geworden iſt. Nunmehr aber nichts mehr zu gefährden iſt und die deutſchnationale Preßmeute das Halliſche Lockſpitzelunternehmen in erkennbarer Abſicht gegen die Arbeiterſchaft ſenſationell ausſchlachtet und gar von einer Mörderzentrale in Halle zu lügen ſich erdreiſtet, halten wir es für eine gebieteriſche Notwendigkeit, das ſcheinbare Dunkel über den Mord Meſebergs aufzuklären.

Am 19. März ſuchte uns ein Herr in unſeren Redaktionsräumen auf, mit dem wir dann am 21. März an anderer Stelle im Beiſein eines einwandfreien Zeugen eine Unterredung über das geheimnisvolle Verſchwinden Meſebergs hatten. Dieſer mit dem Eiſernen Kreuz 1. Klaſſe dekorierte Herr machte uns folgende Mitteilungen:

„An dem Abend, an welchem Meſeberg zum zweiten Male verſchleppt wurde und dann auch endgültig verſchwand, war ich mit noch vier Bekannten zuſammen im Café Bauer. Außer mir waren zugegen Herr Sch....., der ältere Sohn des Beſitzers der .... fabrik von Sch....., der jetzt den Betrieb leitet, ein Leutnant und ein Bankbeamter aus einem hieſigen Bankgeſchäft. Der Name des Fünften war unſerem Gewährsmann im Augenblick entfallen. Schon im Café Bauer begann Herr Sch..... davon zu erzählen, daß der Fall Meſeberg ihm bekannt ſei. Er wurde von einem der Anweſenden darauf aufmerkſam gemacht, daß man doch im Café über die Sache nicht ſprechen könne. Die Geſellſchaft begab ſich dann nach der Wohnung von Sch....., und dort erzählte dieſer etwa folgendes: **„Geſtern haben ſie Meſeberg ſchon hier gehabt, aber die Sache hat ſchlecht geklappt; ſie mußten ihn wieder laufen laſſen. Irgendeine Störung kam dazwiſchen. Ich habe den Leuten noch 50 Mk. gegeben, aber heute abend wird es beſſer klappen!!!“**

Weiterhin erzählte unſer Gewährsmann: „Die drei Leute, die Meſeberg das zweite Mal verſchleppt hätten, ſind aus Berlin gekommen und unmittelbar nach der zweiten Verſchleppung wieder nach Berlin abgereiſt. Es ſollen darunter zwei Fahnenjunker geweſen ſein, einer von ihnen beſtimmt adelig (etwa v. Peters, Petershof oder ähnlich). Sie haben in der .... fabrik von Sch..... übernachtet und müſſen den dort ſtationiert geweſenen Angehörigen des Freikorps bekannt ſein. Sicherlich iſt Leutnant Rothe vom Freikorps Halle hierüber orientiert.“

Der „Leutnant Rothe“ iſt derſelbe Menſch, von dem das hieſige Noskeblatt nach Erledigung des Klüberprozeſſes in einem: „Klüber — Meſeberg — Pludra“ überſchriebenen Artikel nach den Angaben der Frau des bekanntlich ebenfalls auf höchſt eigenartige Weiſe ermordeten „Spartakiſten“ Pludra folgendes zu „enthüllen“ wußte: Pludra wurde am 5. März von fünf Noskejünglingen aus der Wohnung geholt, alſo auf dieſelbe Weiſe wie Meſeberg verſchleppt. In der ....fabrik von Sch..... wurde er von einem Leutnant Rothe verhört, dann mitten in der Nacht auf deſſen Befehl „weitertransportiert“ und am nächſten Morgen in der Liebenauer Straße erſchoſſen aufgefunden. Alle Nachforſchungen der Angehörigen waren vergebens; weder Leutnant Rothe noch General Maercker ließen ſich ſprechen! Ende Juni wurde ſchließlich mitgeteilt: der Mörder ſei nicht ermittelt. Das Blatt meinte damals, es könne die Sachlage natürlich nicht nachprüfen, aber es müſſe, wenn die Angaben zutreffen, die ſofortige Verhaftung des Rothe erfolgen, wegen dringenden Verdachtes der Beihilfe zum Morde.

Leutnant Rothe iſt aber bis heute nicht verhaftet worden. Das wird auch nicht geſchehen, denn

Rothe iſt der Mörder Karl Meſebergs

und gleich nach der Mordtat, ausgeſtattet mit reichlichen Mitteln, nach Holland und von dort nach Amerika entwiſcht. Sein „Leutnant“ war übrigens Schwindel, er war nur Sergeant, hieß in Wirklichkeit Heinz Huberti und iſt ein aus Leipzig ſtammender Student. Damit iſt auch die Dunkelheit, in die bisher die Ermordung Pludras ebenfalls gehüllt war, aufgeklärt.

Ueber das ſchreckliche Schickſal Meſebergs erzählte uns unſer Gewährsmann weiter: Bei der erſten — mit Hilfe von gefälſchten Ausweiſen erfolgten Verhaftung iſt Meſeberg in der Fabrik von Sch..... „verhört“ worden und hat auch in der Fabrik geſchlafen. Wie noch erinnerlich ſein dürfte, haben die Mordbuben damals ihrem Opfer die Augen verbunden, ſo daß Meſeberg nach ſeiner Befreiung der Anſicht war, man hätte ihn nach der ſchon von Anfang in ſchlechtem Geruch ſtehenden Artilleriekaſerne verſchleppt. Er hatte auch einen der Anweſenden an der Stimme zu erkennen geglaubt. Die dem Meſeberg bekannte Stimme iſt nach Anſicht unſeres Gewährsmannes wahrſcheinlich die des Herrn Sch..... geweſen.

Die zweite Verſchleppung ſchilderte unſer Gewährsmann folgendermaßen: „Meſeberg iſt von den Leuten, mindeſtens drei, zur Hafenbrücke geſchafft worden und iſt mit einer Piſtole durch einen Schuß in den Kopf getötet worden, daraufhin in das Schilf oder ins Waſſer geworfen worden. **Unſer Gewährsmann deutete damals an, daß in dieſen Kreiſen ein weiteres derartiges Vorgehen geplant geweſen ſei. Man beabſichtigte, noch vorſichtiger vorzugehen. Er nannte Namen von Kandidaten der ſchwarzen Liſte: Koenen und Reiwand.**

Er erklärte, Mitglieder des Freikorps, Offiziere und Mannſchaften, ſeien über derartige Abſichten und Pläne orientiert geweſen, glaubt aber nicht, daß General Maercker irgendwie mit der Sache in Verbindung gebracht werden könne. Von „Leutnant Rothe“ behauptet er, daß dieſer beſtimmt orientiert iſt.

Unſer Gewährsmann hat über den Fall auch mit Frau Sch.... geſprochen, die erklärte, daß **man mit ſolchen Leute wie Meſeberg kein Erbarmen haben könne. Anders könne man ſolchen Leuten eben nicht beikommen.**

Das ſind keine dunklen Andeutungen und beweisloſen Behauptungen, wie ſie die Halleſche Zeitung bei der Verhaftung der Kommuniſten beliebt hat. Jetzt weiß man, wo die „geheime Feme“ ihren Sitz hatte, die ſich zum Ziele geſetzt hatte, „eine Reihe von Perſönlichkeiten der gegneriſchen Parteien gewaltſam zu beſeitigen.“ Bei dem bürgerlichen Mörderkomplott hat die „geheime Feme“ beſſer „geklappt“, als bei dem ſagenhaften „Revolutionstribunal“, von dem das Halliſche Pogromhetzblatt fortgeſetzt ſchwafelte, und von dem ſelbſt die offiziöſe Heilmannſche Lügenkorreſpondenz geſtehen mußte, daß „ſein Beſtehen nur auf gewiſſe Andeutungen in kommuniſtiſchen Verſammlungen hin vermutet wurde“. Unſere Genoſſen Koenen und Reiwand ſtanden als die nächſten Opfer auf der ſchwarzen Liſte. Hat der Staatsanwalt etwa an dieſe Tatſachen gedacht, als er in der Schwurgerichtsſitzung vom Donnerstag, in welcher er bekanntlich auch die Streikleitung aufs ſchwerſte angriff, ſagte, „der Abgeordnete Koenen habe fliehen müſſen, um nicht erſchoſſen zu werden“? Der Zufall fügte es, daß eine Stunde nach dieſer Unterredung die Leiche Meſebergs an dem von unſeren Gewährsmann bezeichneten Orte aufgefunden wurde. Der Leichenbefund beſtätigte, daß alle Angaben unſeres Gewährsmannes richtig waren. Mit Hilfe des von uns gelieferten Materials konnte die Polizei ſofort zu Verhaftungen ſchreiten. Unter den am Morde Beteiligten befindet ſich auch der Lockſpitzel Clauß, der Buſenfreund Hartungs. Auch die in unſerer Darſtellung genannten Mitwiſſer wurden zunächſt feſtgenommen, merkwürdigerweiſe aber bald wieder auf freien Fuß geſetzt. Mit den Halliſchen Kommuniſten,

---

Zucker und Orden.

(Aus einem belgiſchen Tagebuche.)

Von * * *

Bei meinen Freunden in ..... war das Gerücht in Umlauf geweſen, man könnte in Belgien im freien Handel Zucker kaufen, und da der Zucker im Hauſe ſchon ſo knapp geworden war, daß wir ſogar zum Tee nur Sacharin bekamen, und da außerdem zu befürchten ſtand, daß von all den Früchten im Garten wieder nichts eingekocht werden konnte, des Zuckermangels wegen, hatte mich die Prinzeſſin gebeten, ihr, wenn irgend möglich, einige Pfund Zucker mitzubringen. In Brüſſel hatte ich mich bald nach den Möglichkeiten dieſes Einkaufes — auch Seife und eine Flaſche Oel ſollte ich beſorgen — umgeſehen, aber ich wurde ausgelacht und hatte gleich erfahren, daß von freiem Verkauf des Zuckers keine Rede war. Der war auch in Belgien rationiert, aber man verſicherte, daß ich für meinen Zweck natürlich ein hübſches Paket bekommen würde. Ich müßte nur den Leutnant ..... in der Zuckerzentrale aufſuchen.

Das habe ich nun endlich geſtern morgen getan. Und es war wieder ein Weg der Erfahrungen, der Erlebniſſe.

Die Zuckerzentrale iſt im Hotel de Flandre, neben dem königlichen Schloß untergebracht, das ſich im Kriege in ein Lazarett verwandelt hat. Dieſes Hotel gehörte im Frieden, wenn es auch ein wenig altmodiſch geworden war, zu den ſchönſten und vornehmſten Europas. Im Winter 1913, als der Parſifal zum erſten Male in Brüſſel aufgeführt wurde, haben wir mit ..... dort gegeſſen, wer uns damals geſagt hätte, welchen Zwecken das alte Haus drei Jahre ſpäter dienen würde!

Zu den Bureaus des Herrn ..... fragte ich mich leicht hinauf, und ich fühlte mich ganz wie in Berlin: ein paar Ordonnanzen und Schreibmaſchinenjungfrauen, die mir begegneten, beantworteten meine Frage mit derſelben ſchnoddrigen Unhöflichkeit, die nun einmal in deutſchen Amtsſtuben üblich iſt. Die jungen Damen waren übrigens ſehr gefällig angezogen und ſo kunſtvoll friſiert, daß man gleich ſah, wieviel ſie ſchon in Brüſſel gelernt hatten, und daß es außerdem ihre Pflicht war, nicht nur ihre Arbeit zu tun, ſondern den Herren Offizieren auch noch ein Stück Heim und Haus vorzuzaubern. Was geht es mich an? Da ich keine dieſer deutſchen Jungfrauen zu heiraten gedenke, kann es mir gleichgültig ſein, wie ſie ſich aufführen. Nur mag ich nichts mehr von der Unmoral der Franzöſin hören, ſeit ich den Frauenzimmerbetrieb in der Etappe geſehen habe. Und nun zu denken, daß manche gute Mutter gewiß geglaubt hat, ſie erfülle eine patriotiſche Pflicht, wenn ſie ihre Tochter ins Feld geben ließ .....

Im Vorzimmer des Zuckerleutnants mußte ich eine Weile warten. Eine alte Dame ſaß ſchon da, in Seide nach einer verſchollenen Mode gekleidet, mit ſchneeweißen Haaren, ſehr vornehm anzuſehen, wenn auch ein wenig wunderlich. Der Schirm glitt ihr weg, ich hob ihn auf, und wir waren ſchon im Geſpräch. Sie erzählte mir ſchnell, mit Worten, die ſich überſtürzten, eine Krankheitsgeſchichte ihrer Enkeltochter, ſprach von ihr und anderen Verwandten ſo, als ob ich ſie alle gekannt hätte, und fragte dann plötzlich ganz ängſtlich, ob ich glaubte, daß ſie den Zucker, um den ſie gebeten hätte, wohl bekommen würde. Sie wäre nun ſchon zum drittenmal hier, zweimal wäre ſie gar nicht vorgeladen worden. Und der Arzt hätte doch ſo dringend an den Herrn Leutnant geſchrieben. Dann, als ſie wieder bei der Krankheit der Enkelin war, wurde eine Tür aufgeriſſen, ein junger Menſch, wahrſcheinlich ein Zivildienſtpflichtiger, kam, mit einem Papier in der Hand, auf die alte Dame zu und ſagte ihr, kurz und ſchneidig, daß die Hälfte der angeforderten Ration bewilligt wäre: ſie möchte ſich aber jetzt davonmachen und nicht wiederkommen, weitere Schreibereien, weitere Zeugniſſe des Arztes hätten keinen Zweck. Die alte Dame ſtammelte einen Dank, griff nach dem Papier, das der junge Mann ihr gab, und ging ſchnell davon. Sie war ſo verwirrt, daß ſie ihren Schirm vergaß. Ich ſprang zur Tür und gab ihn ihr. Sie dankte ſtumm, mit einem unbeſchreiblichen Blick.

Dann wandte ſich der junge Mann zu mir und ſagte ſchnarrend und von oben herab, daß der Herr Leutnant mich jetzt empfangen würde, daß er aber wenig Zeit hätte. Bei dieſen Worten öffnete er die Tür zu dem Arbeitszimmer des Zuckergewaltigen und ließ mich eintreten. Ein ſchöner großer Salon war in ein Bureau verwandelt. Auf dem ſchwarzen Marmorkamin ſtand noch zwiſchen zwei kerzenloſen Leuchtern die Uhr, die auf keinem Kamin, der etwas auf ſich hält, fehlen darf ..... Wie dieſes Stück franzöſiſcher Tradition mich neben dem preußiſchen Schreibtiſch amüſierte, kann ich nicht ſagen.

Hinter dem Schreibtiſch ſaß Herr ....., groß, breitſchultrig, mit vielen Orden, eine dicke Zigarre im Munde, die er nicht aus dem Schnabel nahm. Er wies mir nachläſſig einen Stuhl an und ſagte, daß er wenig Zeit hätte. Außerdem mußte er mich gleich darauf aufmerkſam machen, daß er keine Geſchäftsvorſchläge entgegennehme —: ich möchte ihm in aller Kürze unterbreiten, um was es ſich handelte.

Ich zog die von ... unterſchriebene Karte hervor, die mir als Ausweis diente, reichte ſie ihm, ohne aufzuſtehen, über den Tiſch und ſagte ihm, während er las, ſehr verbindlich, daß ich gern ein paar Kilogramm Zucker für die Prinzeſſin ... hätte. Er hatte die Karte mit Unbehagen und Ablehnung angenommen, aber ihre Wirkung war erſchütternd. Die Zigarre fiel ihm aus dem Munde, wurde gerade noch aufgefangen und ſchnell weggelegt. Dann ſprang er auf, führte mich in eine Ecke des Salons, wo ein paar Seſſel ſtanden, und war ebenſo devot, wie er drei Minuten früher arrogant und unhöflich geweſen war. Selbſtverſtändlich waren alle meine Wünſche erfüllt, ehe ich ſie nur ausgeſprochen hatte. Zucker konnte ich haben, ſoviel ich wollte. Ob eine Kiſte mit fünfundzwanzig Kilo genügen würde? Später ließe ſich immer ein Weg finden, Nachſchub zu ſchicken. Ob ich Marmelade mitnehmen wollte. Er würde mir eine Kiſte zurechtmachen laſſen. Ich fragte nach der Flaſche Oel. Er wäre glücklich, mir an einen Kameraden auf der Oel- und Fettſtelle eine Einführung geben zu können. Das wurde dankend angenommen. Als ich aufbrach, faßte er ſich ein Herz —: ob ich ihm nicht die Freude machen wollte, mit ihm zum Frühſtück zu gehen. Nein, dieſe Freude konnte ich ihm nicht machen, da ich ſchon eingeladen war. Jetzt führte er ſtärkeres Geſchütz auf —: wenn ich vielleicht am Abend frei wäre, würde er mir gern das nächtliche Brüſſel zeigen. O, es gebe ſchon ganz angenehme Lokale, wo man ſich auch noch nach der Polizeiſtunde amüſieren könnte. Ich war aber auch ſchon für den Abend vergeben. Er war ſehr enttäuſcht. Da ich fand, daß ich für Zucker und Marmelade und die Einführung an den Fettleutnant doch etwas tun mußte, machte ich ihm den Vorſchlag, nachmittags zu mir zum Tee ins Hotel zu kommen. Ich verſprach ihm die Augenweide ſchöner Damen. Er war ganz begeiſtert und ſchlug mir freundlich auf die Schulter und ſagte, er käme auch ohne das. Es würde ihm ein ganz außerordentliches Vergnügen ſein, eine Stunde mit mir zu plaudern.

Wir ſagten uns noch viele Komplimente. Der Zivildienſtjüngling ſteckte den Kopf in die Tür und wurde angeſchnauzt, daß er erſt zu kommen hätte, wenn geklingelt würde. Ein Schreibmaſchinenfräulein ſchwebte auf himmelhohen Stöckelſchuhen mit einer gnadenvollen Miene ins Zimmer, war aber ſo gut dreſſiert, daß ſie ſich ſchon auf einen Blick, ein paar wohlgeſetzte Worte einer Entſchuldigung flötend, zurückzog. Ich koſtete das alles wohlig aus wie die Katze den Sonnenſchein und freute mich ſchon darauf, innerlich, die ganze Geſchichte in .... zu erzählen.

Unſer Abſchied war ſehr umſtändlich. Ich wurde feierlich bis an die Treppe geleitet. Der Nutzen fürſtlicher Freundſchafter wurde mir wieder einmal ſinnfällig vor Augen geführt.

— — — —

Nachmittags kam dann mein Herr Zuckerleutnant in großer Gala. Ich hätte mich gar nicht gewundert, wenn er mir einen Roſenſtrauß mitgebracht hätte. Zuerſt führten wir auf Stelzen ein fabelhaft gebildetes Geſpräch, ganz große Welt, ganz im Hofton, wie ihn ſich die deutſchen Luſtſpielſchreiber denken. Das wurde mir zu dumm, und ich wechſelte zum Feldjargon hinüber, von dem ich nun ſchon allerlei gelernt habe, genug wenigſtens, um einen Leutnant damit zu unterhalten. Das machte ihn vertraulicher, wärmer und ein wenig freier. Plötzlich kam die Nachricht, daß ....., mit dem ich mich für den Abend verabredet hatte, verhindert war. So wurde ich frei, und ich konnte nun natürlich die Einladung, die er ſogleich wiederholte, nicht ausſchlagen. Ich nahm für das Nachtmahl an, erklärte mich aber für das nächtliche Brüſſel zu müde. Er kniff die Augen zu und ſagte: „Das findet ſich noch. Der Appetit kommt mit dem Eſſen.“

Er fand ſich nicht.

Aber nach der zweiten Flaſche Burgunder kam mein guter Leutnant mit ſeinem großen Anliegen und ſeinen Schmerzen heraus, und wenn ich geglaubt hätte, daß er um meiner ſchönen Augen willen ſo freundlich und einladend mit mir geweſen wäre, hätte ich einſehen müſſen, daß ich mich geirrt hatte. Er wurde ganz ernſt, ganz elegiſch, und erging ſich in bitteren Klagen über Ungerechtigkeiten, über Protektionswirtſchaft und andere Unregelmäßigkeiten. Und plötzlich kam es heraus, daß ihm ein Orden entgangen war, den er ehrlich verdient hatte, den Kameraden, die bei derſelben Geſchichte dabei geweſen waren, längſt bekommen hatten, und daß man ihn, weil er inzwiſchen, wahrhaftig nicht zu ſeinem Vergnügen, in der Etappe verſchwunden war, einfach übergangen hatte. Das alles erzählte er in einem faſt weinerlichen Tone des Gekränktſeins, der zu dem Glanz ſeiner ſtrammen Erſcheinung in einem beluſtigenden Gegenſatz ſtand. Und nun hätte er eine Bitte —: da ich doch mit ..... befreundet wäre — er hatte übrigens ſichtlich inzwiſchen Erkundigungen über mich eingezogen — und da es ſich um einen Orden gerade ſeines Staates handelte, möchte ich doch ſo gut ſein, ein freundliches Wort für ihn einzulegen. Er würde mir auch immer zu Dienſten ſein, und Zucker und alles, was er an Lebensmitteln auftreiben könnte, wäre immer zu meiner und der Prinzeſſin Verfügung.

Das hatte ich nun von meiner Zuckergefälligkeit, daß ich mich plötzlich mit Ordensſorgen befaſſen mußte. Aber da ich ſchon genug von den wunderlichen Wegen wußte, die Orden manchmal gehen, fand ich, daß ich ihm ein Wort der Erinnerung ganz gut verſprechen konnte. Wir hatten uns Zucker, Marmelade und — hoffentlich — auch Fett und Oel hinten herum verſchafft, warum ſollte ich es unmoraliſch finden, die Verleihung eines — außerdem verdienten — und längſt fälligen Ordens hinten herum in Bewegung zu ſetzen?

Wir ſind allzumal Sünder und mangeln des Ruhms, den wir vor Gott haben ſollten.

(Freie Zeitung, Bern.)

die beſchuldigt werden, die Münchener Burſchen mit Rat oder Tat unterſtützt zu haben, iſt man nicht ſo glimpflich verfahren. Geradezu unverſtändlich würde es aber ſein, wenn ſich die Nachricht beſtätigte, daß einige der in die Mordaffäre Meſeberg verwickelte Perſonen, die bisher in Unterſuchungshaft ſaßen, entlaſſen worden ſind. Einer von uns kürzlich gebrachten dahingehenden Mitteilung iſt wenigſtens nicht widerſprochen worden. Wenn die Halleſche Zeitung ſchon von Mordaktionen größeren Umfanges reden will, dann muß man an den Fall Meſeberg denken, denn nach der Beſeitigung Meſebergs ſollten ja unſere Genoſſen Koenen, Reiwand uſw. an die blutige Reihe kommen. Kennzeichnend für die in den beteiligten Kreiſen herrſchenden Moral- und Menſchlichkeitsbegriffe iſt die Tatſache, daß ſich jene Leute dafür, daß ſie die Spuren eines gemeinen Verbrechens aufdecken helfen, ſich eine Belohnung zahlen laſſen. Ueber die rohe Geſinnung, die alle Beteiligten, beſonders aber die Frau Sch . . . . . an den Tag legten, braucht kein Wort geſagt zu werden. Jene Sippſchaft hat ſich in den Augen aller rechtlich und menſchlich Fühlenden ſelbſt gerichtet. Wir halten es als eine Selbſtverſtändlichkeit, daß die Halleſche Zeitung, die mit ihren ſenſationellen Lügennachrichten die geſamte reaktionäre und ſcheinſozialiſtiſche Preſſe gegen die Kommuniſten und Unabhängigen mobil gemacht hat, auch über dieſe wirklich großangelegte — und leider auch erfolgreiche — Mordaktion in derſelben Ausführlichkeit berichten wird. Oder ſollte für dies ſaubere Organ das Miniſterwort maßgebend ſein: „Wenn zwei dasſelbe tun, iſt es doch nicht dasſelbe?“

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. September 1919.

Steuergroſchen für die bewaffnete Reaktion.

Auf der Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenſitzung beanſprucht das größte Intereſſe der Punkt: Mittelbewilligung für die Einwohnerwehr. In der Magiſtratsvorlage wird mitgeteilt, daß die in Halle beſtehende Wehr, jetzt rund 2500 Mitglieder, einen jährlichen Koſtenaufwand von ſage und ſchreibe 210 000 Mk. erfordert. Da die freiwilligen Spenden, aus denen bisher dieſe Koſten gedeckt wurden, nun erſchöpft ſind, hat, nach Anſicht des Magiſtrats, die Stadtgemeinde für Deckung zu ſorgen. Der Magiſtrat hat daher beſchloſſen, 50 000 Mk. allgemeine Koſten der Einwohnerwehr für die Zeit bis Ende März 1920 zur Verfügung zu ſtellen. Ferner iſt für die Mitglieder der Einwohnerwehr eine Selbſtverſicherung einzurichten und bei Unfällen Entſchädigung zu gewähren. Die Sätze ſind ziemlich hoch und die Koſten ſind dem allgemeinen Dispoſitionsfonds zu entnehmen. Unſere Genoſſen haben bereits im Haushaltsausſchuß ſich mit aller Energie gegen dieſes geradezu unglaubliche Attentat auf den Beutel des Steuerzahlers gewandt, aber mit Hilfe der Rechtsſozialiſten iſt die Vorlage im Ausſchuß angenommen worden, und wie wir dieſe Geſellen kennen, werden ſie auch in der Plenarſitzung ſich zu getreuen Knechten der Reaktion erniedrigen.

Wenn man nun die Naturgeſchichte der Einwohnerwehren kennt und weiß, wes Geiſtes Kind ſie ſind, dann wundert man ſich allerdings nicht über die bürgerlichen Parteien, die einer ſolchen Schutzgarde des Kapitals jede nur mögliche Förderung angedeihen laſſen. Sind doch dieſe Wehren ein Teil der

Weißen Garden

der deutſchen Gegenrevolution. Geboren aus dem Beſtreben, der Macht der Arbeiterräte eine bewaffnete Macht des Bürgertums entgegenzuſtellen, haben die Einwohnerwehren vom erſten Tage ihres Beſtehens an allen gegenrevolutionären Umtrieben ſich dienſtbar gemacht. Königstreuer, arbeiterfeindlicher Geiſt herrſcht in ihnen. Unabhängige Sozialiſten werden nicht aufgenommen. Offiziere haben die Führung! **Und ſo etwas unterſtützen die Halliſchen Rechtsſozialiſten,** aus purem Haß gegen die Unabhängigen Sozialiſten. Wenn ſie nicht blind wären, dieſe traurigen Geſtalten, dann würde das Beiſpiel anderer Städte ihnen eine Warnung ſein. Haben doch z. B. in Hannover-Linden die Rechtsſozialiſten, die dort die überwiegende Mehrheit bilden, die Einwohnerwehr auf das heftigſte bekämpft, und mit den ſchärfſten Mitteln gedroht, wenn man die Gründung nicht fallen ließe. Wie iſt es möglich, daß Arbeitervertreter gegen ihre eigene Klaſſe dem Bürgertum das Geld bewilligen, um Garden zu ſchaffen, die, wie z. B. in Lübck beim Hafenarbeiterſtreik, mit Waffengewalt gegen die Arbeiter vorgehen.

Wes Geiſtes Kind die Halliſche Einwohnerwehr iſt, darüber klärte uns ja erſt das letzte Rundſchreiben des Vorſtandes dieſer bürgerlichen Truppe auf. Der Vorſtand bläſt da zum Sturm und fordert ſeine anſcheinend etwas ſchläfrig gewordenen Mitglieder auf, ſich bereit zu halten. „Eine gütige Vorſehung“ hat es zwar bisher noch nicht dazu kommen laſſen, daß die Einwohnerwehr mit der Waffe in der Hand ihre Pflicht tun muß, aber „immer ernſter und dräuender geſtaltet ſich die Lage: Spartakus und Kommunismus, in deren Gefolge ein Teil der Unabhängigen, haben ihre verbrecheriſchen, auf Raub und Mord und Umſturz gerichteten Pläne fertiggeſtellt. Bald daher, vielleicht eher als wir denken, kann der Alarm, der Appell an unſere Bereitſchaft und Mannhaftigkeit ergehen“!

Dieſe Spießbürger ſind doch immer dieſelben wichtigtueriſchen Angſthaſen und immer dieſelben ſchmutzigen Seelen, die ihren politiſchen Gegnern nur die niedrigſten verbrecheriſchen Inſtinkte zutrauen. Raub und Mord planen die Kommuniſten und die Unabhängigen!

Die Rechtsſozialiſten können aus dieſem Flugblatt ſehen, daß die radikale Arbeiterſchaft, die den Sozialismus will — wollen ihn die Rechtsſozialiſten nicht auch? —, mit Waffengewalt niedergeſchlagen werden ſoll. Ueberall im Reiche wendet ſich die Arbeiterſchaft ohne Unterſchied der Parteirichtung gegen die wachſende Reaktion, die Halliſchen Rechtsſozialiſten aber bewilligen der Gegenrevolution Mittel! Natürlich, es iſt keine Gegenrevolution, ſie wollen nicht den Geldſchrank und das Hamſterlager der Kapitaliſten beſchützen, die braven Bürgerwehrhelden! Deshalb iſt es der Leutnant Happel im Poſtgebäude in Halle, der die ganze Provinz im Auftrage der Einwohnerwehr mit Waffenſendungen beglückt, der überall Waffendepots der kommenden blutigen Reaktion errichtet!

Die heutige Abſtimmung im Stadtparlament wird eine hohe Bedeutung haben. Die Halliſche Arbeiterſchaft mag auf die Rechtsſozialiſten achten, die das Zünglein an der Wage ſein werden. Wehe ihnen, wenn ſie von neuem das Proletariat verraten!

Abgeblitzte Freikorpsſtudenten.

Ein Geiſelprozeß ſpielte ſich am Sonnabend vor den Schranken des Schöffengerichts Halle ab. Angeklagt war das Volksblatt, das in ſeiner Nummer vom 27. Juni einer aus ſozialiſtiſchen Studentenkreiſen ſtammenden Zuſchrift Raum gewährte, in welcher das teils flegelhafte, mehr aber terroriſtiſche Vorgehen der nationaliſtiſchen Studentenſchaft kritiſiert wurde. Es war in dem Aufſatze ferner die Rede davon, daß von den Freikorpsſtudenten in den letzten Tagen Geiſelliſten aufgeſtellt wurden, zu dem geplanten Militärputſch, wobei auch der ſtudentiſchen Genoſſen gedacht worden iſt. Die dem Freikorps Halle angehörenden Studenten fühlten ſich durch unſere Feſtſtellungen in ihrer ſoldatiſchen Studentenehre gekränkt und ließen durch ihren Führer, den Grafen von Weſtarp, Strafantrag ſtellen. Die Staatsanwaltſchaft fiel auf den Antrag, deſſen Ausſichtsloſigkeit ohne weiteres erkennbar geweſen ſein mußte, hinein und zitierte den Genoſſen Kaſparek vor das Schöffengericht, damit er dort mit Hilfe der Richter des alten Klaſſenſtaates die angeblich ramponierte Freikorpsſtudentenehre wiederherſtelle.

Die Verhandlung endete mit einem Reinfall ſowohl der bewaffneten, die Univerſität unſicher machenden Buntmützen, als auch mit einer Niederlage des übereifrigen Amtsanwaltes, an deſſem Auftreten ſich gegen früher nicht das geringſte geändert hat. Der Preßſünder und ſein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Müller beſchränkten ſich darauf, juriſtiſche Einwände geltend zu machen und zu betonen, daß der Graf Weſtarp nicht berechtigt war zur Stellung eines Strafantrages. Weiter wurde noch auf das ſchreckliche Ende Meſebergs hingewieſen, der, neben anderen Mitgliedern unſerer Partei, auf einer ſchwarzen Liſte ſtand. Der Mörder Meſebergs, Heinz Curti, ſei gleichfalls Student, und es ſei deshalb mehr als wahrſcheinlich, daß ſolche Geiſelliſten angelegt worden ſind.

Der Amtsanwalt ließ ſich durch die Ausführungen der Verteidigung nicht belehren. Für ihn war der Sünder zur Stelle, folglich mußte er auch verknurrt werden. Er beantragte die Kleinigkeit von einem Monat Gefängnis. Das Gericht ließ ihn aber glatt abfallen. Es ſtellte feſt, daß die Anklage juriſtiſch nicht haltbar ſei, und ſtellte das Verfahren auf Koſten der Staatskaſſe ein. Die forſchen Noskejünglinge an der Univerſität werden ſchon auf andere Mittel ſinnen müſſen, wenn ſie dem verhaßten Volksblatte beikommen wollen.

Steuerzettel und Kirchenaustritt.

Nachdem jetzt wohl ein jeder ſeinen diesjährigen Steuerzettel bekommen hat, hört man wohl allgemein ein Klagen und Schimpfen über hohe Steuern, zumal auch noch gleich für zwei Quartale auf einmal bezahlt werden muß. Beſonders ungehalten ſind viele Menſchen darüber, daß ſie neben den hohen Einkommenſteuern einen hohen Betrag an Kirchenſteuer bezahlen müſſen, obgleich ſie die Kirche gar nicht in Anſpruch nehmen. Da hört man Ausſprüche, wie: „Was geht mich die Kirche an“, „Jahrzehntelang bin ich nicht in der Kirche geweſen“, „Laßt doch diejenigen die Kirchenſteuern bezahlen, die in die Kirche gehen“ uſw.

Für den Sozialismus!

Das Monatsende naht. Es gilt, neue Leſer, neue Abonnenten des Volksblattes zu gewinnen. Je größer die Verbreitung unſeres Blattes, je ſtärker und nachhaltiger wirkt unſere ſozialiſtiſche Aufklärungs- und Kampfesarbeit!

Werbt neue Abonnenten!

Noch ſtehen Hunderttauſende von Proletariern abſeits von unſerer Partei, weil ſie unſere Ziele nicht kennen und von unſerer Agitation ferngehalten werden. Dieſe Proletarier gilt es, für unſere Partei zu gewinnen, es gilt, ſie einzureihen in die große Armee der um ihre Befreiung kämpfenden Hand- und Kopfarbeiter, es gilt, ſie zu gewinnen für den revolutionären Klaſſenkampf, der von unſerer Partei geführt wird. Dieſe Tätigkeit für unſere Partei kann am beſten gefördert werden durch die Werbung neuer Leſer

für das Volksblatt!

Aus ihm können die Arbeiter unterrichtet werden über alle großen Fragen unſerer Zeit, aus ihm können ſie die leitenden Gedanken ſchöpfen, die erforderlich ſind zur Austragung der gewaltigen wirtſchaftlichen und politiſchen Kämpfe, die unſerer harren.

Heraus mit den bürgerlichen und ſcheinſozialiſtiſchen Zeitungen aus den Arbeiterwohnungen!

Leſt und abonniert das Volksblatt!

Die Leute, die ſo ſprechen, ſind durchaus nicht zu bedauern, daß ſie Kirchenſteuern zahlen müſſen. Denn, wenn ihnen die Kirche ſo fremd iſt, wie aus ihren Ausſprüchen hervorgeht, hätten ſie längſt aus dieſer ausſcheiden ſollen. Iſt nicht immer und immer wieder, ſei es in Zeitungsartikeln, ſei es in Vorträgen darauf hingewieſen worden, daß diejenigen, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, dies auch äußerlich durch Abgabe der Austrittserklärung tun ſollten? Wer eingeſchriebenes Mitglied bleibt, trotzdem er die Kirche und ihre Lehren verwirft, der muß zu den Ausgaben auch ſeinen Teil beiſteuern.

Mancher der Kirche innerlich Entfremdete hat den Kirchenaustritt nicht vollzogen, weil er wirtſchaftliche Schäden befürchtete. Dieſer Grund ſollte für einen Menſchen von Charakter nicht ſtichhaltig ſein. Der muß für ſeine Ueberzeugung auch Unbill und Schaden auf ſich nehmen. Gegenwärtig hat dieſe Befürchtung aber kaum noch eine Berechtigung. Viele dürften auch aus Läſſigkeit den Trennungsſtrich mit der Kirche nicht ziehen. Mit dieſer verdammten Gleichgültigkeit ſollten die Arbeiter endlich brechen.

Jeder, der nicht mehr kirchengläubig iſt — nach dem Verhalten der Kirche während des Krieges müßte das eigentlich heute bei allen Arbeitern der Fall ſein —, muß jetzt ohne Verzug ſeinen Austritt aus der Kirche erklären. Es geſchieht das, indem man ſich zu dem zuſtändigen Amtsgericht begibt und daſelbſt unter Vorlegung eines Perſonalausweiſes den Austritt mündlich erklärt. Koſten entſtehen daraus nicht. **Wer bis Ende September austritt, braucht vom 1. Oktober an keine Kirchenſteuer mehr zu zahlen.**

Aus den ſtädtiſchen Ausſchüſſen.

Der Rechts- und Verfaſſungsausſchuß beriet in ſeiner Sitzung vom Freitag über die geplante Aenderung der Geſchäftsordnung. Wie erinnerlich, hatten die Demokraten gleich beim Zuſammentritt des Kollegiums die Geſchäftsordnung als reformbedürftig gefunden und dementſprechende Anträge geſtellt. Solange ſie die unbeſchränkte Herrſchaft auf dem Stadthauſe ausübten, fanden ſie es ganz in der Ordnung, daß der Vorſteher bei Stimmgleichheit, die ſich bei Abſtimmungen ergab, die Entſcheidung hatte. Nun die Unabhängigen in ſo ſtarker Zahl erſchienen ſind, daß ſie den Vorſteherpoſten beſetzten, ſollte der bisherige Zuſtand nicht mehr zeitgemäß und undemokratiſch ſein. Der Ausſchuß mußte aber feſtſtellen, daß das Recht des Vorſtehers, bei Stimmengleichheit mit ſeiner Stimme für oder gegen einen Antrag den Ausſchlag zu geben, in der Städteordnung begründet iſt und durch die Geſchäftsordnung nicht aufgehoben werden kann. Zugeſtimmt wurde einem Antrage, durch den eine Uebervorteilung der Mieter durch die Hausbeſitzer bei Erhebung des Waſſergeldes verhindert werden ſoll.

Der Bauausſchuß beſchäftigte ſich abermals mit der Frage der Errichtung von Wohnbaracken. Es ſollten bekanntlich für 230 000 Mk. Holzbaracken auf dem Steinlagerplatz errichtet werden, die für 20 Familien Unterkunft geben können. Die Stimmung hierfür war aber dagegen. Obwohl der Magiſtrat ſie nur als Notbehelf verteidigte, war der Ausſchuß dafür, daß lieber nach Gaſthäuſern Umſchau gehalten werden ſoll, um dieſe pachtweiſe für die Stadt zu ſichern. Schließlich wurde die Entſcheidung über die Barackenvorlage vertagt.

Der Schulausſchuß trat nach ſeiner Neuwahl zum erſtenmal zuſammen. Ueber die Anſtellung eines Berufsberaters wurde längere Zeit geſprochen. Bei einem Anfangsgehalt von 8600 Mk. zweifelte man, eine geeignete Kraft zu gewinnen. Die Frage, aus welchem Fach der Berufsberater zu nehmen ſei, nahm auch längere Debatte in Anſpruch. Zu einer Beſchlußfaſſung kam es nicht, da der Magiſtrat in der Sitzung nicht vertreten war.

Der Sozialiſierungsausſchuß beſchloß, die Frage der Müllabfuhr ſchnellſtens durch Ortsſtatut vom Magiſtrat regeln zu laſſen. Hierbei ſoll beſonders die hygieniſche Seite beachtet werden. Denn es iſt wahrlich nicht der Neuzeit entſprechend, wenn an heißen Sommertagen die Aſche und der Müll beim Abholen mit den offenen Wagen durch die Straßen fliegt. Die Müllabfuhr ſoll in ſtädtiſche Regie genommen und eine Vorlage für eine Müllverwertungsanſtalt ausgearbeitet werden. Das würde einen großen Fortſchritt bedeuten. Dann beſprach man die Gründung einer ſtädtiſchen Milchzentrale; man veranlaßte den Magiſtrat, zu unterſuchen, ob die Stadt eine Verbeſſerung in der Milchverſorgung dadurch erreichen könne.

* **Betriebsräte- Arbeiter- und Angeſtelltenausſchüſſe.** Die Genoſſen und Genoſſinnen, welche an dem Unterrichtskurſus in doppelter Buchführung teilgenommen haben, werden erſucht, nächſten Dienstag, den 30. September, abends 7 Uhr, im Volkspark (Kolonade) ſich zu einer gemeinſchaftlichen Ausſprache einzufinden. Wir müſſen uns über den weiteren Verlauf unſerer Veranſtaltungen ſchlüſſig werden. Heft 2 der Doppik kommt hierbei zur Verteilung. Vollzähliches und pünktliches Erſcheinen wird erwartet. Arbeiterrat Halle.

* **Kaſernen für Wohnzwecke.** Der Spandauer Stadtverwaltung iſt es gelungen, von der Heeresverwaltung die Freigabe zweier Kaſernen zur Schaffung von Notwohnungen zu erreichen. In den beiden Kaſernen können über 40 Wohnungen eingerichtet werden. In München ſind allein in der „Schwere-Reiter“-Kaſerne 93 Kleinwohnungen (40 ſtehen noch in Ausſicht) hergeſtellt worden, die viel Anklang gefunden haben. Die Zeitſchrift für Wohnungsweſen berichtet, es habe ſich erwieſen, „daß ſich die Umbildung von Kaſernen in Notwohnungen ſehr raſch und ohne großen Koſtenaufwand ereichen laſſe“. Schwierigkeiten ſeien nur bei dem Militärminiſterium und der Stadtkommandantur bereitet worden. — Und Halle? Drei große Kaſernen haben wir hier, aber nicht eine will die Militärverwaltung für Wohnzwecke bereitſtellen. In der letzten Stadtverordnetenverſammlung hat die Leiterin des Wohnungsamtes, Frau Stadtv. Lange, ein Klagelied über die Hartnäckigkeit der Militärbehörden angeſtimmt. Unſer Genoſſe Albrecht wies auf die Artilleriekaſerne hin, die für Wohnzwecke höchſt geeignet iſt und Hunderten von Familien eine Heimſtätte bieten könnte. Die Stadtverwaltung darf in ihren Bemühungen nicht nachlaſſen, wenigſtens eine Kaſerne den Krallen des Militarismus zu entreißen.

* **An die organiſierte Arbeiterſchaft!** Am bevorſtehenden 1. Oktober geben viele Arbeitereltern ihre Söhne und Töchter als Lehrlinge in kaufmänniſche Betriebe und Bureaus aller Art. Vielfach werden dieſe jungen Leute von den bürgerlichen Angeſtelltenverbänden für ihre Organiſationen eingefangen. Mit den raffinierteſten Mitteln werden ſie dieſen Organiſationen — deren eigentlicher Zweck die Verhetzung der Angeſtellten und Arbeiter untereinander iſt — zugeführt. Vielfach erfreuen ſich die bürgerlichen Verbände bei dieſem Gimpelfang der eifrigſten Unterſtützung der Unternehmer. Es darf nicht wieder vorkommen, daß ſelbſt Söhne und Töchter von organiſierten Arbeitern dieſen Verbänden beitreten und ſo die Reihen der Arbeitgeberſchutztruppen im Kampfe gegen die Arbeiter und Angeſtellten ſtärken. Denn all die bürgerlichen Angeſtelltenverbände — ſie mögen ſich noch ſo ſchön klingende Namen beilegen wie Gewerkſchaftsbund uſw. — ſind erbitterte Feinde der freigewerkſchaftlich organiſierten Arbeiter und Angeſtellten. Die Söhne und Töchter der Arbeiter gehören in den freigewerkſchaftlichen Zentralverband der Angeſtellten. Der Zentralverband der Angeſtellten iſt der einzige Angeſtelltenverband, der den freien Gewerkſchaften angeſchloſſen iſt. Er iſt der einzige Verband der Handlungsgehilfen und Bureauangeſtellten, der auf dem Boden des Klaſſenkampfes ſteht. Lehrlinge und jugendliche Angeſtellte unter 17 Jahren zahlen nur 75 Pf. Monatsbeitrag. Geſchäftsſtelle des Bezirks Halle: Harz 42-44 (Gewerkſchaftshaus), Zimmer 19, Fernſprecher Nr. 1280.

* **Halliſches Adreßbuch 1920.** Der Verlag des Halliſchen Adreßbuches hat ſoeben den Hauseigentümern und Verwaltern die Hausliſten für den Jahrgang 1920 zur Verteilung an die Haushaltungsvorſtände zugehen laſſen. Es iſt dringend geboten, daß die Haushaltungsvorſtände die Liſten perſönlich ausfüllen, weil nur dadurch die genaue Schreibweiſe des Namens verbürgt wird und weil nur auf dieſe Weiſe die Wünſche der Eintragenden (Zuſätze zur Berufs- oder Standesbezeichnung, Angabe der Sprechſtunde uſw.) zuverläſſig erfüllt werden können. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine beſondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugeſtellt iſt, mögen auf ſorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliſte achten, da dieſe Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis dienen ſollen. Die Abholung der Liſten beginnt bereits am Mittwoch, den 1. Oktober, weshalb ſofortiges Ausfüllen der Liſte angezeigt erſcheint. Es empfiehlt ſich ferner, Vorbeſtellungen auf das Adreßbuch gleichzeitig in die dafür vorgeſehene Rubrik der Hausliſte einzutragen, da mit Schluß des Vorbeſtelltermins — 31. Oktober — der um 8 Mk. höhere Ladenpreis in Kraft tritt. — Im übrigen verweiſen wir auf die Anzeige in der heutigen Nummer.

* **Was die Schuhe koſten werden!** Die Preiſe für Schuhe und Schuhreparaturen werden künftig eine Höhe erreichen, die unbedingt ein Einſchreiten der Behörden erfordert, da es der minderbemittelten Bevölkerung vollſtändig unmöglich ſein wird, auch nur annähernd dieſe Sätze zu zahlen. Nach den in einer öffentlichen Schuhmacherverſammlung in Leipzig mitgeteilten neuen Richtſätzen ſollen ein paar Herren- oder Damenſtiefel 236,30 Mk. koſten, Herrenſohlen 22,30 Mk., Damenſohlen 16,80 Mk., Herrenabſätze 6,50 Mk., Damenabſätze 5,20 Mk. uſw. Die Leipziger Schuhmacher ſchieben die Schuld an den hohen Preiſen auf die ſinnloſe Preistreiberei im Ledergewerbe, die nach Aufhebung der Lederzwangswirtſchaft eingetreten ſei. Dieſe Mitteilung entnehmen wir der rechtsſozialiſtiſchen Dresdener Volkszeitung, die es natürlich unterläßt, hinzuzufügen, daß die rechtsſozialiſtiſche Regierung die Hauptſchuld trägt, weil ſie die Zwangswirtſchaft aufhob.

* **Rentenzahlung bei der Poſt.** Bei der Abhebung der Militärverſorgungsgebührniſſe für Oktober werden den Empfängern Nummerkarten ausgehändigt. Dieſe Karten gelten künftig als Ausweis und ſind bei der Abhebung der Rente jedesmal vorzuzeigen; dafür fällt die Vorzeigung des Rentenbuches künftig weg. Am 30. September erfolgt die Zahlung der Militärverſorgungsgebührniſſe nicht nur an die Inhaber der Stammkarten Nr. 11 001 bis 21 000, ſondern auch von 21 000 bis Schluß.

* **Einſtellung der Perſonenzüge an Sonntagen?** Wie aus einer halbamtlichen Meldung hervorgeht, iſt die kürzlich von der Preſſe veröffentlichte Nachricht, daß Ende Oktober der Eiſenbahnverkehr auf ein Minimum herabgeſetzt werden ſoll, nicht zutreffend. Dagegen wird geplant, an Sonntagen nur noch etwa notwendige Arbeiterzüge, Milchzüge und je einen Schnellzug auf jeder Strecke verkehren zu laſſen. Eine weitere Einſchränkung des Perſonenverkehrs hält das Eiſenbahn-Miniſterium für unmöglich.

* **Angeſtellte! Späteſtens am Dienstag, dem 30. September 1919**, muß jede Kollegin und jeder Kollege die noch den Harmonie-Verbänden, wie dem Deutſchnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Verband deutſcher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kaufmänniſchen Verein von 1858, Verband der weiblichen Handels- und Bureau-Angeſtellten uſw. angehört, den Austritt bei den betreffenden Verbandsvorſtanden ſchriftlich eingereicht haben. Ausweis über die erfolgte Zahlung des vollen Jahresbeitrages für 1919 muß mit der Kündigung unter gleichzeitiger Angabe der Mitgliedsnummer eingeſandt werden. Da die Satzungen der Harmonieverbände eine Kündigung nur einmal im Jahre — ſpäteſtens am 30. September zum 1. Januar — geſtatten, muß jedes Mitglied, das den Austrittstermin verſäumt, gegen ſeinen Willen ein volles Jahr weiter bezahlen. Durch dieſe den guten Sitten widerſprechende Taktik will man Angeſtellte, die innerlich nicht mehr den Harmonieverbänden angehören, zum Verbleiben zwingen. Angeſtellte! Beantwortet dieſen Zwang durch einen Maſſenaustritt aus obigen Harmonieverbänden, organiſiert euch freigewerkſchaftlich im **Zentralverband der Handlungsgehilfen**, Geſchäftsſtelle Harz 42-44, Fernſprecher 1280. Am 1. Oktober 1919 vereinigen ſich der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der Verband der deutſchen Verſicherungsbeamten e. V. und der Verband der Bureauangeſtellten Deutſchlands unter dem umfaſſenden Titel **Zentralverband der Angeſtellten** zu einer freien Gewerkſchaft von 400 000 Mitgliedern. Damit iſt der größte Angeſtelltenverband der Welt geſchaffen worden.

* **Kohlenbeihilfe für Kriegerwitwen.** Die ſtädtiſche Kriegshinterbliebenen-Fürſorge gewährt Halliſchen Kriegerwitwen, ſofern ſie einen eigenen Hausſtand beſitzen und nicht ſchon berückſichtigt worden ſind, auf Antrag im Falle der Bedürftigkeit eine Kohlenbeihilfe von 50 Mark. Anträge auf Gewährung der Beihilfe nimmt das Kriegshinterbliebenenfürſorgeamt, Kleine Steinſtraße 8 III, Zimmer 128, in der Zeit von 10—1 Uhr vormittags werktäglich entgegen, und zwar für die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchſtaben A—C Donnerstag, den 2. Oktober, D, E, F Freitag, den 3. Oktober, G, J Sonnabend, den 4. Oktober, H Montag, den 6. Oktober, K, L Freitag, den 10. Oktober, M, N Sonnabend, den 11. Oktober, O, P, Q, R Montag, den 13. Oktober, S Dienstag, den 14. Oktober, Sch, St, Sp Mittwoch, den 15. Oktober, T, U, V Donnerstag, den 16. Oktober, W, Z Sonnabend, den 18. Oktober.

* **Verlegung der Herbſtferien.** Durch Verfügung des Oberpräſidiums Magdeburg ſind die Herbſtferien für die höheren Lehranſtalten auf die Zeit vom 18. Oktober (Schluß des Unterrichts) bis zum 28. Oktober (Wiederbeginn des Unterrichts) verſchoben worden. Für die ſtädtiſchen Mittel- und Volksſchulen werden die Herbſtferien auf den gleichen Zeitraum feſtgeſetzt.

* **Städtiſche Handels- und Gewerbeſchule für Mädchen.** Das Winterhalbjahr beginnt am 1. Oktober, morgens 8 Uhr.

* **Selbſtmord?** In der Nähe der Strommeiſterei wurde geſtern vormittag eine weibliche Leiche aus der Saale gezogen. Die Tote, die etwa 35 Jahre alt und 1,70 Meter groß war, war bekleidet mit braunem Jakett, blauem Tuchrock, weißer Bluſe, weißer Untertaille, weißem Hemd und ſchwarzen Strümpfen. (Schuhe fehlten.) Sie wurde dem Gertraudenfriedhof zugeführt.

* **Für noch gültige Petroleummarken** kann am 29. und 30. September im Laden Leſſingſtraße 39 Petroleum zum Preiſe von 45 Pf. das Liter entnommen werden. Der Laden iſt geöffnet von ½9 bis 1 Uhr und von 3 bis ½6 Uhr. Mit dem 1. Oktober beginnt eine neue Verſorgungsperiode mit Petroleum.

* **Erhöhung der Rentenzulagen.** Für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis einſchl. Dezember 1920 erhalten alle Empfänger einer Invaliden-, Alters- oder Krankenrente eine Zulage von 20 Mk. monatlich, alle Empfänger einer Witwenrente eine Zulage von 10 Mk. monatlich neben ihren ſonſtigen Renten gezahlt. Empfänger einer Waiſenrente erhalten keine Zulage.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, gelangt Die Roſe von Stambul zur Aufführung. Dienstag, Anfang 7 Uhr, Egmont; Mittwoch Einſame Menſchen; Donnerstag Die Hugenotten; Freitag Hannerl; Sonnabend Der Freiſchütz; Sonntag nachmittag Fremdenvorſtellung bei ermäßigten Preiſen Alt-Heidelberg.

* **Schießerei in einer Wirtſchaft.** In der vergangenen Nacht wurde in einer in der Oſendorfer Straße belegenen Schankwirtſchaft von einem Arbeiter an einem anderen Arbeiter dadurch ein Mordverſuch verübt, daß erſterer gänzlich ohne Grund aus einer Armeepiſtole plötzlich mehrere Schüſſe hintereinander auf letzteren abfeuerte, die dieſen erheblich verletzten. Der Täter wurde verhaftet, der Verletzte nach Anlegung eines Notverbandes der Chirurgiſchen Klinik zugeführt.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Freie ſozialiſtiſche Jugend. Heute für Norden Zuſammenkunft im Volkspark. Morgen für Süden in der Konſumhalle.

Internationaler Bund der Kriegsbeſchädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Unſere Mitgliederverſammlung findet nicht morgen, ſondern Dienstag, den 7. Oktober, im Volkspark ſtatt.

Beths Bunte Bühne. Das Gaſtſpiel des ſchlagfertigen Blitzdichters Oskar Burger neigt ſich dem Ende zu; die Direktion hat ihm zum Dienstag, den 30. September, einen Ehren-Abſchiedsabend bewilligt. Ab Mittwoch iſt ein reichhaltiges, neues Programm.

Wettin. Die letzte Stadtverordnetenſitzung nahm einen ſehr erregten Verlauf. Die Anfrage unſerer Genoſſen über den Zweck der am Sonnabend gegründeten Bürgerwehr reſp. Einwohnerwehr führte zu ſcharfen Zuſammenſtößen mit den Bürgerlichen. Gen. Birke hob ſcharf hervor, daß die Gründung ſich vornehmlich gegen die U. S. P. richte. Der Bürgermeiſter verſuchte die Wehr als unpolitiſch hinzuſtellen, die die Einwohner nur gegen Raub, Diebſtahl und Plünderung ſchützen ſolle. Von unſerem Sprecher wurde der offene Kampf angeſagt, wenn unſere Genoſſen bei der Einſtellung in die Wehr nicht berückſichtigt würden. Auch die zweite Anfrage an den Magiſtrat, ob er das Halliſche Kommando zu einer Razzia nach Felddieben beſtellt habe, rief eine ſtürmiſche Auseinanderſetzung hervor. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden raſch erledigt. Die Stadt wird vom 15. Oktober an Eigentümerin der 340 Morgen Acker und Wieſen des Meyerſchen Erblandes. Der Kaufpreis beträgt 245 000 Mark. Ferner wurde die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 250 000 Mark, von der Sparkaſſe des Saalkreiſes, genehmigt. Sie wird mit 4 Proz. verzinſt und mit 1 Proz. amortiſiert werden. Da der Erlös für verkaufte Ackerſtücke nach dem Vertrage ſofort abgezahlt werden muß, wurde gewünſcht, daß bei der Parzellierung zuerſt die kleinen Leute berückſichtigt werden möchten. Die Verſicherungsanſtalt Sachſen-Anhalt iſt bereit, an Verſicherte Darleben für den Kleinwohnungsbau in Höhe bis zu 66⅔ Proz. des Bauwerts zu gewähren. Von der Mandatsniederlegung des Stadtv. Dr. Kolrich wurde Kenntnis genommen. Der Stadtv. Haak wurde zum ſtellvertretenden Vorſitzenden gewählt.

Stadttheater.

Egmont, Trauerſpiel von Goethe. In der Zeit darniederliegender moderner Dramatik geht man gern zu den Klaſſikern und läßt ſich einige Stunden durch Anſchauen großen menſchlichen Geſchehens, dargeſtellt in edler Form, erheben. Im Egmont hat ſich der junge Goethe zum Teil ſelbſt gezeichnet. Auch ihm war das Sonnige, Sorgloſe, Freie, Edle eingeboren, wie ſeinem Helden Egmont, der daran zugrunde ging. Die Darſtellung der Zuſtände in den von Spanien beherrſchten Niederlanden iſt Goethe trefflich geglückt. Die Volksſzenen geben lebendige Bilder der gärenden Zeit, in der ſich die Kräfte zum Aufſtand und zur Abſchüttelung des verhaßten Joches formen und ſchulen. Der Dichter färbte dieſen Urgrund ſo ſtark und geſättigt, damit ſich ſein Held umſo leuchtender abhebe. Egmont beſitzt gerade darum das Vertrauen und die Liebe des Volkes, weil ſein Weſen das Gegenteil des Weſens der ſpaniſchen Herrſchaft darſtellt. Bei ihm iſt nichts von Gewalt, Unterdrückung, Hinterliſt, Herrſchſucht, alles iſt lauter und rein an ihm. Aber da er nicht ſah, **daß er ſich eigentlich an die Spitze des Volkskampfes zur Vertreibung der Spanier hätte ſtellen müſſen, ſo mußte ihn das Schickſal** als negativen Helden verwenden. Der reine Tor Egmont mußte als Opfer fallen, damit er als Märtyrer die Kräfte im Volke auslöſe, die zur letzten Auslöſung der Befreiungstat erforderlich waren. Egmont fühlt dies, wodurch ſein Tod und Untergang — wie uns der Dichter zeigt — im Sinne großen Geſchehens zweckbewußt wird. Wer dächte bei ſolchen Vorgängen nicht an die heutige Zeit ...

Die Aufführung war nicht einheitlich. Die erſten Akte waren nur in ihren Volksſzenen gut, während das Auftreten der Solokräfte kalt ließ. Der Egmont Olaf Bachs war nicht nur in der Maske zu jung, er war auch dem Ausdruck des Sonnigen, Sorgloſen, Groß-Gütigen und eingeborenem Edlen nicht gewachſen. Es wurde nicht glaubhaft, daß das Volk ihn lieben könne. Bedeutſam wurde er erſt bei dem Kampfe mit Alba, da ging hervor, daß ihm das Herbe, verſtandesmäßig Leidenſchaftliche näher liegt als das liebenswürdige Innerliche. Eugen Teuſcher war als Oranien nicht bedeutſam und groß genug, das galt auch für die kleineren Rollen des Machiavell (Alfred Volke) und anderer. Eine geſchloſſene Leiſtung hohen Ranges war der Herzog Alba von Hermann Wedding. Ihm glaubte man ſeine herrſchſüchtige, finſtere Miſſion, zumal der Künſtler jede Uebertreibung vermied. Dem ſchmerzlich paſſiven Brackenburg verlieh Georg Ottmay mancherlei Glaubhaftigkeit, und auch Albas Sohn, Georg Lippert, konnte genügen. Vortrefflich zeichnete Willi Schur den Schreiber Vanſen; hier war Lebendigkeit, Ausdruckskraft und Derbheit bis zur zuläſſigen künſtleriſchen Grenze ausgewertet. Helene Achterberg war als Margarete v. Parma ebenſo groß und hervorragend wie Hedwig Jonas als Klärchen lieb, innig und volksmäßig. Die Ausſtattung zeigte ein ſehr hübſches neues Bild: die Straße an der Kirche mit ihren Mauern und Aufgängen und den reizend gemalten Häuſergiebeln. Der ganze Eindruck der Aufführung war nicht allzu eindringlich, doch befriedigte ſie in den letzten Akten. Ein beſonderes Lob verdient die gute Einordnung der herrlichen Beethovenſchen Muſik. Noch niemals wurde ihr Sinn ſo ſchön erkennbar und die Steigerung der Handlung durch den Tonkranz ſo deutlich fühlbar. So wurde vielen Beſuchern doch mancherlei Erbauliches geſchenkt.

Aus den Gerichtsſälen.

Schwurgericht.

Noch immer Plünderungsprozeſſe. Dem Handelsmann K. und dem Bauarbeiter M. wurde zur Laſt gelegt, am 2. März bei Pottel geplündert zu haben. Der Angeklagte K. weiſt die Beſchuldigung entſchieden zurück. Er ſei an jenem Tage angetrunken geweſen. Zwei Soldaten hätten ihn aufgefordert, zu Pottel zu gehen, da gebe es etwas zu eſſen. Er habe dann im Keller drei Flaſchen Wein getrunken, aber nichts mitgenommen. Am nächſten Morgen iſt er als Lumpenſammler über Land gefahren und erſt am 6. März zurückgekehrt. Abends ſeien ſechs Landesjäger gekommen, hätten ihm die Piſtole auf die Bruſt geſetzt und ohne nähere Erklärungen nach Lehmanns Villa gebracht und dann ſpäter nach dem Kirchtor. Der Mitangeklagte M. iſt aus Neugierde zu Pottel gekommen, will aber den Keller nicht betreten haben. Von einem Soldaten ſei ihm eine Kiſte mit Konſerven angeboten worden. Da er ſich in Not befunden habe (er hat eine Familie mit fünf Kindern zu verſorgen), ſei er der Verſuchung erlegen. M. iſt noch einmal zurückgekehrt und hat auf der Straße liegendes Meſſing heimgebracht, um es zu verkaufen. Bei der Hausſuchung iſt auch auf dem Boden der Angeklagten Plünderungsgut unter Schutthaufen gefunden worden, 3 Zentner Konſerven, Meſſingſtänder u. dergl. Da der Boden auch anderen zugänglich iſt und im ſelben Hauſe Plünderer abgeurteilt worden ſind, war der Verdacht nicht abzuweiſen, daß das Plünderungsgut nicht allein von den Angeklagten herrührt. Dieſe wollten denn auch von der Herkunft der Sachen nichts wiſſen. Wegen ſchweren Landfriedenbruchs wurde K. zu 2 Jahren und M. zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Provinz.

Das ſind die Stützen der Republik.

Bei einem von der — dem Freiwilligen Landesjägerkorps angehörenden — Schwadron Jäger zu Pferde in Naumburg (Saale) abgehaltenen Wohltätigkeitsfeſte wurde ein abgehender Leutnant durch einen „Vertrauensmann“ geehrt, worauf er eine Rede hielt, in der nach dem konſervativen Kreisblatt folgende Sätze vorkommen:

> „Leutnant Raben brachte danach ſeinen Dank für die ihm erwieſene Ehrung in bewegten Worten zum Ausdruck. Er erkenne daran, daß ſeine Arbeit an der Schwadron nicht vergeblich geweſen ſei. Dann ermahnte er die Jäger, an den alten Führern und dem Kaiſerhaus feſtzuhalten und brave Kerls zu bleiben, die ſich nicht verführen laſſen von landfremdem Geſindel und anderen finſteren Mächten. Wenn Not am Manne ſei, komme er wieder als ihr Führer durch Nacht zum Licht und dieſer Zeitpunkt möge nicht zu fern ſein.“

Der Saal, in dem dieſe „Hüter der Republik“ ihr Feſt feierten, war mit ſchwarzweißroten Fahnen geſchmückt, um Helme, Lanzen und Kränze wanden ſich ſchwarzweißrote Schleifen. Der deutſchnationale Parteiſekretär Dr. Martin hieb unter dem dröhnenden Beifall der Noskejünglinge auf „Erzberger und ſeinesgleichen“ ein. Die Zeit iſt alſo nicht mehr fern, wo die Monarchiſten ihre Ernte einheimſen wollen; bis dahin ſollen ſich die „braven Kerls“ von dem Geſindel nicht verführen laſſen. — Wehe dem Noske, wenn die braven Kerls nach ihren Lanzen greifen.

Sangerhauſen als teurer Ort anerkannt. Durch Verfügung des Finanzminiſters iſt die Stadt Sangerhauſen als teurer Ort anerkannt worden. Das bedeutet für alle Beamte 20 Prozent Teuerungszulage. Die Beamten- und Lehrerſchaft hat ſich lange bemüht, dieſes Zugeſtändnis zu erreichen, denn auch die Nachbarſtädte Nordhauſen, Erfurt und Eisleben ſind als „teure Orte“ anerkannt.

Eckartsberga. Verſammlung. Am Sonntag, den 21. September, ſprach im Saale des Ratskellers in einer von den Mehrheitsſozialdemokraten einberufenen Verſammlung Herbſt-Halle über Rechte und Pflichten im neuen Staate. Genoſſe Wurm trat ihm in mehreren Punkten entgegen. Der Redner ſprach im allgemeinen ſympathiſch. Seiner Aufforderung zu gemeinſamem Kampf ums gleiche Ziel, zur Verwirklichung des Sozialismus, folgten wir gern, wenn wir uns überzeugen könnten, daß es der S. P. D. um unſere Sache ſo ernſt wäre, wie dieſer Redner in einer Verſammlung behauptete. Dem iſt aber leider nicht ſo.

Bitterfeld. Mitgliederverſammlung. Der Hauptpunkt der Tagesordnung in der am 19. September ſtattgefundenen außerordentlichen Mitgliederverſammlung war die für den 4. und 5. Oktober angeſetzte Kreis-Generalverſammlung in Delitzſch. Nach längerer Debatte wurde einem Antrage, welcher den Anſchluß an die 3. Internationale empfahl, zugeſtimmt, wodurch ein weiterer Antrag, welcher eine abwartende Stellung empfahl, hinfällig wurde. Die anderen Punkte der Tagesordnung zur Kreis-Generalverſammlung wurden ebenfalls einer eingehenden Beſprechung unterzogen. Einſtimmig wurde verlangt, daß nun endlich, nachdem das Bureau eingerichtet ſei, der Beſchluß der letzten Kreis-Generalverſammlung wegen Anſtellung des Parteiſekretärs und Abhalten von Bureauſtunden eingehalten wird. Die von der Redaktion unſerem letzten Verſammlungsbericht angehängten Randbemerkungen veranlaßten Genoſſen Lebbin zu folgendem Antrag: „Die heutige außerordentliche Mitgliederverſammlung proteſtiert energiſch gegen die Haltung des Volksblattes anläßlich des Berichtes über unſere letzte Parteiverſammlung. Die Verſammlung verbittet es ſich ganz energiſch, unſere bewährten Führer, Ströbel uſw. und alle, die ſich zu ihrer Anſicht bekennen, zu beſchimpfen. Die Verſammlung erſucht die Redaktion nochmals, den Genoſſen Kautsky, Ströbel uſw. die Spalten zu öffnen.“ Der Antrag wurde angenommen. Es wurde noch aufgefordert, für die in Gründung begriffene Volkshochſchule recht lebhaft zu agitieren, damit ſie das werde, was ſie werden ſoll, ein Born des Wiſſens für das Proletariat, denn Wiſſen iſt Macht und Macht iſt Wiſſen. Der Wunſch, in der nächſten Parteiverſammlung ein Referat über: Die Weltlichkeit der Schule zu hören, wird erfüllt werden. Nachdem noch einige interne Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erreichte die Verſammlung in vorgerückter Stunde ihr Ende.

Der Fall Lebbin wird immer unbegreiflicher. Abgeſehen davon, daß man mit ſolchen Beſchwerden, wie die Bitterfelder Genoſſen ſie vorbringen, ſich vorerſt an die richtige Stelle, nämlich an die Preßkommiſſion des Volksblattes wendet, ſind die Forderungen, die in dem Antrag Lebbin geſtellt werden, doch höchſt merkwürdige. Wie kommt man dazu, zu behaupten, wir hätten die „bewährten Führer Kautsky und Ströbel beſchimpft“. Unſer ganzes Verbrechen iſt es, daß die Richtung, die dieſe Genoſſen vertreten, von uns, die wir auf dem Boden des Aktionsprogramms der U. S. P. ſtehen, auf keinen Fall propagiert werden kann. Es ſcheint den Bitterfelder Genoſſen unbekannt zu ſein, daß Kautsky und Ströbel Grundſätze vertreten, die ſich von den Grundzügen rechtsſozialiſtiſcher Taktik durchaus nicht unterſcheiden. Beide verwerfen die Diktatur des Proletariats, beide ſtehen dem politiſchen Ausbau des Räteſyſtems feindlich gegenüber, beide ſind Anhänger der parlamentariſchen Demokratie. Man kann ſich darüber ſtreiten, ob ſie recht haben oder nicht, und wir glauben ohne weiteres, daß Lebbin als verkappter Rechtsſozialiſt, ihren Standpunkt vertritt. Uns aber, als Parteiorgan der U. S. P., kann man nicht zumuten, Meinungen zu vertreten, von denen die Partei als ſolche ſcharf abgerückt iſt. Das iſt noch lange keine Beſchimpfung von Perſönlichkeit. Allerdings, Ströbel beſchimpft die U. S. P. aller paar Wochen in irgendeiner Zeitſchrift wegen ihrer Taktik und er ſowohl wie Kautsky werden uns täglich von den Rechtsſozialiſten unter die Naſe gerieben. Bewährte Führer, deren Autorität gegen die Partei in die Wagſchale fällt, ſind eben keine Führer mehr, mögen ihre früheren Verdienſte noch ſo große geweſen ſein. Wir erſuchen die Bitterfelder Genoſſen nochmals, ſich freizumachen von rechtsſozialiſtiſcher Beeinfluſſung und den Leuten in unſerer Partei, denen unſere Taktik nicht gefällt, wie Lebbin, zu raten, dorthin zu gehen, wohin ſie mit dem Herzen gehören!

Die Redaktion.

Aus der Partei.

Die ſozialiſtiſche Gemeinde,

die am 1. Oktober als kommunalpolitiſche Zeitſchrift der U. S. P. erſcheint, iſt nunmehr auch in die Zeitungsliſte eingetragen worden, ſo daß ſie auch durch jedes Poſtamt abonniert werden kann. Die Preisbedingungen ſind in dem 13. Nachtrag zur Zeitungspreisliſte für 1919 veröffentlicht worden.

Die Sozialiſtiſche Gemeinde wird vom 1. Oktober bis 1. Januar, alſo im 1. Vierteljahr, einmal monatlich erſcheinen, im 2. Vierteljahr zweimal im Monat. Der Preis beträgt für das 1. Vierteljahr 1,50 Mark, vom 2. Vierteljahr, alſo vom 1. Januar 1920 an, 3 Mk., ohne Beſtellgeld.

Druck und Verlag hat die Verlagsgenoſſenſchaft Freiheit, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, übernommen. Beſtellungen nimmt außerdem auch die Volksbuchhandlung, Halle, Harz 42—44, entgegen.

Die neue Nummer der Freien Welt iſt ſoeben erſchienen. Den bedeutungsvollen Wahlſieg der engliſchen Arbeiterſchaft würdigt in Heft 19 ein reich illuſtrierter Artikel mit Bildern von Henderſon, Macdonald, dem Bergarbeiterführer Smillie und anderen. — Das Heft enthält ferner einen Artikel über die Kommunaliſierung der Milchverſorgung in Berlin, eine Aufnahme von der Gedenkfeier für die Raſtatter Revolutionskämpfer, einen Aufſatz über „Blindenerziehung und Blindenberufe“ mit ſieben Bildern, den Roman, Unterhaltungsmaterial, Karikaturen uſw.

Gewerkſchaftliches.

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter.

Wie die Fünfzehnerkommiſſion des Metallarbeiter-Verbandes berichtet, iſt die Zahl der Betriebe, deren Belegſchaften ſich am Streik beteiligen wollen, von 115 auf 135 geſtiegen; die Zahl der am Streik beteiligten Betriebe hat ſich von 65 auf 95 erhöht. Die Zahl der Streikenden iſt von 24 000 auf 27 000 geſtiegen, die Zahl der Ausgeſperrten von 66 000 auf 68 000. — Laut B. Z. liegen die Siemenswerke mit 34 000 Arbeitern und Arbeiterinnen infolge der Arbeitsniederlegung von kaum 100 Heizern und Maſchiniſten ſtill. Infolge der Teilausſtände in Berlin und Vororten ſind etwa 100 000 Arbeiter beſchäftigungslos. Die Arbeiter der Städtiſchen Elektrizitätswerke arbeiten weiter, da alle Teile mit dem kürzlich vereinbarten Lohntarif einverſtanden waren.

Die Freiheit fordert die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins auf, in 30 Verſammlungen der gewerkſchaftlich organiſierten Arbeiter Groß-Berlins am 2. Oktober ihre Solidarität mit den ſtreikenden und ausgeſperrten Metallarbeitern zu bekunden und gegen einen Abbau der Löhne zu proteſtieren.

Internationaler Buchdruckerkongreß.

In Luzern trat am Freitag der Internationale Buchdruckerkongreß zuſammen. Er wurde beſchickt von Deutſchland, Frankreich, Luxemburg, Holland, Oeſterreich, Skandinavien, Tſchecho-Slowakien, Serbien. Nicht vertreten waren England und Belgien. Die Organiſationen Amerikas und Belgiens lehnten eine Zuſammenkunft mit Vertretern der Zentralſtaaten ab. Zum Kongreßpräſidenten wurde Schlumpf (Bern) beſtimmt.

Die erſte Sitzung beſchäftigte ſich mit dem Wiederaufbau der internationalen Organiſation, ohne beſtimmte Beſchlüſſe zu faſſen. In der zweiten Sitzung wurde die Nachtarbeit im Zeitungsgewerbe behandelt, das international verboten werden ſollte. Der Sitz des internationalen Sekretariats wurde nach der Schweiz verlegt.

Der Landarbeiterſtreik in Eckernförde.

Der Streik der Landarbeiter des Kreiſes Eckernförde erſtreckt ſich nunmehr mit wenigen Ausnahmen auf ſämtliche Güter. Die Arbeitgeber ſind zu Verhandlungen mit dem Landarbeiterverband bereit. Da die Ausſtändigen indeſſen ſich als außerhalb des Verbandes ſtehend erklärten, iſt eine Verſtändigung vorläufig ausgeſchloſſen.

Im Kreiſe Eckernförde ſtehen bisher rund 5500 Landarbeiter im Streik. Eine Reihe von Höfen hat militäriſche Beſetzung erhalten.

Allerlei.

Das größte Dorf Europas.

Die Landgemeinde Steglitz, deren Anträge auf Verleihung von Stadtrechten bisher vergeblich geblieben ſind, hat jetzt eine Einwohnerzahl von 96 235 Seelen erreicht und marſchiert ſomit ſtark auf 100 000. Steglitz iſt ſeit langen Jahren das größte Dorf Preußens und auch Europas. Seit der Jahrhundertwende hat Steglitz ſehr große Fortſchritte in der Bevölkerungszunahme gemacht. Von 1895 auf 1905 verdoppelte ſich die Einwohnerzahl von 16 500 auf 33 000, von 1905 auf 1914 ſtieg die Zahl der Einwohner um 55 000 auf 88 000, und ſelbſt im Kriege nahm Steglitz um 9000 Seelen zu.

Sprechſtunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Dienstag, den 30. September, nachmittags von 2–6 Uhr, auf den Abſchnitt 16 für die eingetragenen Kunden in der Verkaufsſtelle der Niemberger Molkerei, Lindenſtr. 52. Auf jeden Abſchnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ein halbes Pfund Quark beträgt 70 Pf.

Städtiſcher Verkauf von Schokolade und Kakao an Kinder bis zu 12 Jahren

in der Talamtſchule am Dienstag, den 30. September. Zugelaſſen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelſcheine mit den Nummern 31001–36000 vormittags von 8–12 Uhr und die Inhaber der Nummern 36001–42000 nachmittags von 2–6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelſcheines auf jeden Abſchnitt R des beſonderen Bezugsſcheines für Kinder bis zu 12 Jahren eine Tafel Schokolade oder ein Paket Kakao (80 Gramm) zum Preiſe von 1.50 Mk. abgegeben werden. Familien mit einem Kinde erhalten eine Tafel Schokolade, Familien mit zwei Kindern eine Tafel Schokolade und ein Paket Kakao, Familien mit drei Kindern zwei Tafeln Schokolade und ein Paket Kakao, Familien mit vier Kindern zwei Tafeln Schokolade und zwei Pakete Kakao uſw.

Merseburg.

Ausgabe der Kartoffelbezugsſcheine

vom Donnerstag, den 2. Oktober 1919 an, im alten Rathauſe in der Burgſtraße, wochentags vormittags von 8–12 Uhr, nachmittags von 3–6 Uhr.

I.

Die Ausgabe der Kartoffelbezugsſcheine erfolgt nur an den Haushaltungsvorſtand oder an ein erwachſenes Mitglied der eigenen Familie. Andere Perſonen erhalten einen Kartoffelbezugsſchein nur gegen Abgabe eines ſchriftlichen Auftrages des Empfangsberechtigten. Selbſtverſorger erhalten keinen Kartoffelbezugsſchein, Teilſelbſtverſorger nur für die Menge, die nach Abzug der ſelbſtgeernteten Kartoffeln zur Ernährung der eigenen Familie noch zuſtändig iſt. Für Perſonen, die kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Kartoffeln von einem Selbſtverſorger zu fordern haben (Geſinde, Naturalberechtigte, Altenteiler und Arbeiter), darf nicht außerdem noch ein Kartoffelbezugsſchein beantragt und ausgefertigt werden.

II.

Als Ausweis iſt das Lebensmittelheft vorzulegen. Die in den Händen der Verbraucher befindlichen Kartoffelmarken ſind von dem Zeitpunkte an, an dem die Eindeckung beginnen ſoll, zurückzugeben.

III.

Zur Ausfertigung des Bezugsſcheins ſind folgende Angaben erforderlich: 1. Zahl der zum Haushalt gehörigen Perſonen, 2. Name, Vorname, Stand und Wohnort des Erzeugers, der die Lieferung der Kartoffeln übernommen hat (wenn mehrere Lieferer in Frage kommen, iſt dies ausdrücklich anzugeben), 3. Name, Vorname und Stand des zugelaſſenen Händlers, mit dem die Lieferung feſt vereinbart iſt. (Wenn die Lieferung nicht durch einen Erzeuger erfolgen kann, vergleiche untenſtehendes Verzeichnis.)

4. Bei Teilſelbſtverſorgern außerdem:
   a) Größe der mit Kartoffeln angebauten Fläche in Quadratmetern,
   b) Menge der ſelbſtgeernteten Kartoffeln in . . . Ztr., . . . Pfd.,
   c) Menge der davon zur menſchlichen Ernährung ungeeigneten Kartoffeln . . . Ztr., . . . Pfd.
   d) Menge des erforderlichen Saatgutes . . . Ztr., . . . Pfd., . . . Ztr., . . . Pfd.,
   e) Zur Ernährung verbleibende Menge . . Ztr., . . . Pfd.

IV.

Es können eingedeckt werden: Innerhalb des Verſorgungszeitraumes vom 14. September 1919 bis 17. Juli 1920 — auf den Kopf der Bevölkerung drei Zentner Kartoffeln. Die darüber hinaus nach der Verbrauchsregelung zuſtändige Kartoffelmenge muß auf Kartoffelkarten bezogen werden. Es empfiehlt ſich unter dieſen Umſtänden, die 3 Zentner Kartoffeln für die Zeit vom 23. November 1919 bis zum Schluß des Verſorgungszeitraumes (17. Juli 1920) einzudecken und bis zum 22. November 1919 die Kartoffeln noch weiter auf Marken zu entnehmen.

V.

Selbſtverſorger oder Teilverſorger können aus der eigenen Ernte zur Ernährung für den Tag und den Kopf 1½ Pfund Kartoffeln verbrauchen, und zwar für die Zeit vom 14. September 1919 bis 13. Auguſt 1920, Teilſelbſtverſorger nur ſo lange, als ihre eigene Ernte, mit 1½ Pfund für den Kopf und Tag gerechnet, ausreicht. Mit Ablauf dieſer Zeit ſind Teilſelbſtverſorger dann wie Verſorgungsberechtigte zu behandeln (für den Kopf und Tag ein Pfund Kartoffeln). Der Ertrag aus den Anbauflächen unter 200 Quadratmeter bleibt bei der Berechnung des Bedarfs außer Betracht.

VI.

Nach dem 15. Oktober 1919 werden Kartoffelbezugsſcheine nicht mehr ausgegeben. Ihre Belieferung hat bis zum 15. November 1919 zu erfolgen. Die bisherigen Kartoffelkarten laufen noch bis 1. November 1919. Für die Zeit nach dem 2. November 1919 werden neue Kartoffelkarten ausgegeben.

Strafbeſtimmungen.

Unrichtige Angaben werden nach den darüber beſtehenden Anordnungen beſtraft.

Verzeichnis der zur Annahme von Bezugſcheinen für Eindeckung des Winterbedarfs an Speiſekartoffeln zugelaſſenen Händler (Abſchnitt III, Ziffer 3).

1. Allritz, Wilhelm, Amtshäuſer 17; 2. Franke, Albert, Halleſche Straße 27; 3. Freygang, Olga, Gr. Ritterſtraße 7; 4. Glaß, Paul, Neumarkt 25; 5. Hoffmann, Franz, Unter-Altenburg 30; 6. Kops, Martha, Weißenfelſer Straße 42; 7. Lautenſchläger, Hermann, Lauchſtedter Straße 18; 8. Lippold, Anna, Sand 16; 9. Müller, Berta, Oelgrube 3; 10. Meißner, Emma, Große Sixtiſtr. 10; 11. Fa. Schwanitz, Elſe, Kreuzſtraße 3; 12. Tepper, Richard, Neumarkt 45; 13. Wittenberg, Franz, Ober-Altenburg 36.

Merſeburg, den 22. September 1919.
L. A. II. 2754/19. Der Magiſtrat.

Höchſtpreiſe für die Kartoffellieferung 1919.

I.

Die Provinzialkartoffelſtelle hat auf Grund der Anordnungen der Reichskartoffelſtelle für den Zentner Speiſekartoffeln folgenden Erzeugerhöchſtpreis feſtgeſetzt: 1. Grundpreis 7.— Mk., 2. Schnelligkeitsprämie bis 31. Dezember 1919 0.50 Mk., 3. Anfuhrprämie 0.25 Mk., zuſammen 7.75 Mk.

II.

Es können hiernach bis auf weiteres folgende Preiſe gefordert und gezahlt werden: 1. Im Falle der Eindeckung unmittelbar beim Erzeuger: Für den Zentner Speiſekartoffeln frei Haus des Verbrauchers 7.75 Mk. 2. Im Falle der Eindeckung durch Händler, aber unmittelbar beim Erzeuger, für den Zentner Speiſekartoffeln frei Haus des Verbrauchers 8.60 Mk. Der Preis kann in den Fällen zu 1. und 2. vom Erzeuger um 1.— Mk. je Zentner erhöht werden, wenn es ſich um Lieferung auf Bezugſchein von nicht mehr als 10 Zentnern handelt. 3. Wenn die Lieferung durch die ſtädtiſche Kartoffelſtelle erfolgt: a) für den Händler ab Bahnhof Merſeburg 9.20 Mk., b) für den Verbraucher bei zentnerweiſer Lieferung auf Bezugſchein durch Händler frei Keller des Verbrauchers 10.25 Mk., c) bei pfundweiſer Abgabe im Kleinverkauf auf Kartoffelmarken durch den Händler 11 Pf. für das Pfund ab Lager des Händlers.

III.

Die vorſtehenden Preiſe verſtehen ſich für gutverleſene Speiſekartoffeln in der vorgeſchriebenen Größe und von einwandfreier Beſchaffenheit. Die Preiſe ſind Höchſtpreiſe im Sinne des Geſetzes betr. Höchſtpreiſe in Verbindung mit der Bekanntmachung des ſtellvertretenden Reichskanzlers vom 23. März 1916 (RGBl. 1916 S. 183) und der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsſtellen und die Verſorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 (RGBl. 1915 S. 607 und 728).

IV.

Dieſe Bekanntmachung tritt mit dem 28. September 1919 in Kraft.

V.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund vorſtehender Verordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldſtrafe bis zu 10000 Mk. beſtraft.

Merſeburg, den 24. September 1919.
Geſch.-Nr. L. A. II 2777/19. Der Magiſtrat.

Volksabſtimmung in Oberſchleſien.

Nach dem Friedensvertrage muß Volksabſtimmung darüber entſcheiden, ob gewiſſe Teile Oberſchleſiens bei Deutſchland verbleiben oder an Polen fallen. Es handelt ſich um die Kreiſe Namslau, Kreuzburg, Roſenberg, Oppeln Stadt und Land, Groß-Strehlitz, Lublinitz, Gleiwitz Stadt, Toſt-Gleiwitz, Tarnowitz, Beuthen Stadt und Land, Königshütte Stadt, Hindenburg (früher Zabrze), Kattowitz Stadt und Land, Pleß, Rybnik, Ratibor Stadt u. Land, Koſel, Leobſchütz und Neuſtadt. Stimmrecht haben alle Perſonen über 20 Jahren beiderlei Geſchlechts, die in dieſen Gebieten geboren ſind, auch wenn ſie nicht mehr dort wohnen. Wer vor dem 1. Januar 1901 im Abſtimmungsgebiet geboren iſt und nicht will, daß ſeine Heimat unter polniſche Herrſchaft kommt, wird daher gebeten, ſich ſofort bei der Behörde ſeines gegenwärtigen Wohnortes (Magiſtrat, Gemeinde-, Gutsvorſteher) zu melden, damit ihm rechtzeitig das Weitere mitgeteilt werden kann.

Merſeburg, den 17. September 1919.
Kreis-Wohlfahrtsamt.
Dr. Moſle, kommiſſariſcher Landrat.

Veröffentlicht!

Die Meldung der Stimmberechtigten hat bis ſpäteſtens Dienstag, den 30. September 1919, mittags 1 Uhr im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 20, zu erfolgen. Ausweispapiere (Familienſtammbücher, Geburtsurkunden, Militärpapiere uſw.) ſind mitzubringen. Die Einwohnerſchaft wird erſucht, diejenigen Perſonen, die ſtimmberechtigt ſind, ſich aber trotzdem nicht gemeldet haben, gleichfalls bis zum 30. September hiermit namhaft zu machen.

Merſeburg, den 26. September 1919.
I. 3150/19. Der Magiſtrat.

Gültigkeitsdauer der Oktober-Zuckermarken.

Nach Mitteilung der Provinzial-Zuckerſtelle verlieren die Zuckermarken für Oktober mit Ablauf des 20. Oktobers ihre Gültigkeit, ebenſo die Erſparnis-Zuckermarken. Wir geben den Verbrauchern hiervon Kenntnis mit dem Erſuchen, ſich bis zu dieſem Zeitpunkt mit Zucker eindecken zu wollen.

Merſeburg, den 22. September 1919.
L. A. I. 868/19. Der Magiſtrat.

Ausgabe der Milchkarten

für den Monat Oktober im alten Rathauſe, Burgſtr. 1. Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammkarten für den Monat September am Dienstag, den 30. September, vorm. 7–2½ Uhr, für die Kunden der Verkaufsſtellen: Ochſe, Prall, Hoffmann, Meißner, Maudrich.

Merſeburg, den 24. September 1919.
L. A. II. 2774/19. Das ſtädt. Lebensmittelamt.

Ausgabe von Mager- und Buttermilch

in der Woche vom 29. September bis 4. Oktober in ſämtlichen Verkaufsſtellen. Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt: Auf Felder 34 und 35, ſoweit dieſe noch nicht beliefert ſind, ſowie auf Feld 36 für alle Verſorgungsberechtigten ¼ Liter.

Merſeburg, den 27. September 1919.
L. A. II. 2804/19. Das ſtädtiſche Lebensmittelamt.

Die Auszahlung der Kriegs-Unterſtützung

erfolgt Mittwoch, den 1. Oktober, vormittags von 7½ bis 10 Uhr.

Merſeburg, den 27. September 1919.
IX. 1479/19. Der Magiſtrat.

Der Reichsernährungsminiſter.
B. I. 7375.
Berlin, W. 8, den 7. Auguſt 1919.
Mohrenſtraße 11/12.

Zeitungsberichten zufolge ſoll der Deutſche Landbund in einer am 10. Juli 1919 abgehaltenen Ausſchußſitzung beſchloſſen haben, ſeinen angeſchloſſenen Landbünden und Kreisverbänden zu empfehlen, mit Beginn der neuen Ernte ſämtlichen Landarbeitern das Deputat bezw. die Naturallöhne in natura voll zu gewähren. Den Wert der Deputate für den Landarbeiter weiß ich wohl zu würdigen. Auch verkenne ich nicht, daß eine ausreichende Ernährung der Landarbeiter weſentlich dazu beitragen dürfte, Beunruhigungen von den Landarbeitern fernzuhalten und ſo vorbeugend Ernteſtreiks und damit der Gefährdung der Ernte zu begegnen. Bereits durch Erlaß vom 3. Februar 1919 iſt daher auch im Intereſſe der Förderung des ſozialen Ausgleichs auf dem Lande angeordnet worden, daß künftighin alle Landarbeiter als Selbſtverſorger zu gelten haben. Das Recht auf die Selbſtverſorgerration kommt bei Getreide, Kartoffeln und Milch auch den Familienangehörigen des Landarbeiters zugute, ſoweit dieſe mit ihm im gleichen Haushalt leben und nicht in anderen Betrieben beſchäftigt ſind. Eine völlige Freigabe der Deputate in den noch bewirtſchafteten Früchten kann ich aber leider vorerſt nicht in Ausſicht ſtellen. Abgeſehen davon, daß eine Freigabe die allgemeine Verſorgung ernſtlich gefährden würde, würde dadurch auch dem Schleichhandel erneut Vorſchub geleiſtet werden, da erfahrungsgemäß gerade in jüngſter Zeit Deputate in einem Maße vereinbart wurden, die das Nahrungsbedürfnis der Landarbeiter und ihrer Familien weſentlich überſteigen.

Ich weiſe darauf hin, daß gerade das Recht der Landarbeiter auf Selbſtverſorgung in weiten Kreiſen der induſtriellen Arbeiterſchaft auf Widerſpruch geſtoßen iſt, weil der Induſtrie- und ſtädtiſche Arbeiter hierin eine nach ſeiner Auffaſſung unbillige Bevorzugung in der Nahrungsmittelverſorgung erblickt. In ländlichen Kreiſen mit ſtark gemiſchter induſtrieller Bevölkerung, wie ſolche vielfach vorkommen, ſowie in Landſtätten macht das Recht der Landarbeiter auf Selbſtverſorgung heute ſchon in der Behandlung der Arbeiterſchaft Schwierigkeiten. Dieſe Unzuträglichkeiten würden in verſtärktem Maße ſich geltend machen, wenn den Landarbeitern ihre Deputate voll freigegeben würden. Hafer, Hülſenfrüchte und Buchweizen werden zudem künftig nur in noch näher zu beſtimmenden Mengen im Wege der Landlieferung erfaßt. Die Deputate in dieſen Früchten können alſo nach Erfüllung der Umlage von den Arbeitgebern voll gewährt werden.

Abgeſehen hiervon wird eine weſentliche Beſſerung in der Ernährungslage der geſamten landwirtſchaftlichen Bevölkerung und damit der Landarbeiter durch die neue Feſtſetzung der Selbſtverſorgerrationen für Brotgetreide und Gerſte eintreten. Durch eine in dieſen Tagen ergehende Verordnung werden die Selbſtverſorgerrationen für Brotgetreide auf 12 kg, für Gerſte auf 5 kg für den Kopf und Monat feſtgeſetzt werden. Dieſe Erhöhung iſt mit Rückſicht auf die Tatſache erfolgt, daß die Landwirte und Landarbeiter in der jetzt einſetzenden Erntezeit einer beſonders reichlichen Ernährung bedürfen. Durch die Erhöhung der Selbſtverſorgerrationen wird dem Wunſche der Landarbeiter auf erhöhte Naturallieferung der Deputate Rechnung getragen. Die Feſtſetzung iſt eine vorläufige. Sobald ſich der Ausfall der Ernte auf Grund der Ernteſchätzung überblicken läßt, wird auch zu entſcheiden ſein, ob die Freigabe größerer Gerſtenbeſtände, etwa eines Prozentſatzes der Gerſtenernte, künftig möglich ſein wird. Durch die Maßnahmen dürfte eine weſentliche Beſſerſtellung der Ernährungslage der Landarbeiter erreicht ſein. Im Intereſſe der Allgemeinheit muß ich daher bitten, den Wunſch nach völliger Freigabe der Deputate vorerſt noch zurückzuſtellen. Aus verſchiedenen in der Provinzpreſſe enthaltenen Bekanntmachungen von Kreiswirtſchaftsverbänden entnehme ich im übrigen, daß vereinzelt der Beſchluß vom 10. Juli tatſächlich zur Ausführung gelangt. Ich bedaure, daß der Deutſche Landbund ohne Fühlungnahme mit den zuſtändigen Ernährungsbehörden in dieſer für die Allgemeinheit ſo wichtigen Frage vorgegangen iſt. Die völlige Freigabe der Deputate würde nicht nur, wie ſchon hervorgehoben, die Verſorgung der Allgemeinheit gefährden, ſondern auch zu außerordentlichen Ungleichheiten führen, da die Deputate in den einzelnen Gegenden ganz verſchieden hoch bemeſſen ſind. Durch Bekanntmachungen der genannten Art machen ſich außerdem die Vorſitzenden der Wirtſchaftsverbände ſtrafbar, da nach § 110 des Reichsſtrafgeſetzbuches beſtraft wird, wer durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorſam gegen Geſetze oder rechtsgiltige Verordnungen auffordert. Auch dürfte der Tatbeſtand des § 111 Abſatz 2 des Reichsſtrafgeſetzbuches erfüllt ſein, da auf die gleiche Weiſe zur Begehung einer ſtrafbaren Handlung aufgefordert wird. In allen zur Kenntnis gelangenden Fällen derartiger Bekanntmachungen werden die verantwortlichen Leiter der betreffenden Verbände der zuſtändigen Staatsanwaltſchaft zur Strafverſorgung abgezeigt werden.

Im Intereſſe der Allgemeinheit muß ich hiernach den Landbund dringend bitten, ſofort durch Rundtelegramm die ihm angeſchloſſenen Verbände anzuweiſen, von der Ausführung des Beſchluſſes vom 10. Juli Abſtand zu nehmen.

In Vertretung: gez. Heinrici.

An den Deutſchen Landbund, Berlin SW. 11, Deſſauer Straße 30.

Preußiſcher Staatskommiſſar
für Volksernährung
VI. a 4000 Berlin W. 8, 18. Aug. 1919.
M. d. Ldw. L. A. I. e 1626 Wilhelmſtr. 69a.

Abſchrift zur gefälligen Kenntnis.

Ich erſuche, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die gegen die beſtehenden Geſetze und Verordnungen verſtoßenden Beſchlüſſe von Organiſationen des Deutſchen Landbundes nicht zur Ausführung gelangen und, ſoweit es bereits geſchehen, umgehend wieder rückgängig gemacht werden. Nötigenfalls iſt gegen die verantwortlichen Perſonen im Sinne des vorſtehenden Schreibens vorzugehen.

Zugleich im Namen des Miniſters für Landwirtſchaft, Domänen und Forſten:
Der Preußiſche Staatskommiſſar für Volksernährung.
In Vertretung: (Unterſchrift.

An die Herren Regierungspräſidenten (außer Poſen).

Abſchrift zur gefälligen Kenntnis.
Zugleich im Namen des Miniſters für Landwirtſchaft, Domänen und Forſten.
In Vertretung: (Unterſchrift).

An die Herren Oberpräſidenten (außer Poſen).

Der Oberpräſident
O. P. 9762 F. II. Ang. Magdeburg, 27./28. Aug. 1919.
Urſchriftlich der Provinzialfettſtelle, hier.
Zur gefälligen Kenntnis.
In Vertretung: gez. Breyer.

Merſeburg, den 25. September 1919.
Zu L. A. II. 2746/19. Der Magiſtrat.

Bitterfeld.

Ausgabe der Fleiſch- und Zuckerkarten.

Die weitere Ausgabe der Fleiſch- und Zuckerkarten erfolgt am Dienstag, den 30. Sept. cr. für die Straßen mit den Anfangsbuchſtaben A bis K und Mittwoch, den 1. Oktober cr. für die Straßen mit den Anfangsbuchſtaben L bis Z von 8 bis 2 Uhr im Döringſchen Konzerthauſe, Kaiſerſtraße 67, gegen Vorlegung der Brotſcheine. Da noch nicht genügend Zucker eingetroffen iſt, kann ein Einlöſen der Zuckerkarten vorläufig nicht erfolgen. Das Eintreffen des Zuckers wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Bitterfeld, den 27. September 1919.
*2973 Der Magiſtrat.

Vermahlung von Leſegetreide.

Wie im Vorjahre, ſo iſt auch in dieſem Jahre das Leſegetreide in beſchränktem Maße zur Vermahlung wieder freigegeben worden und zwar entfallen auf jeden Kopf des Haushaltes höchſtens 10 Kilogramm Leſegetreide. Perſonen, welche Leſegetreide mahlen laſſen wollen, haben mündliche Anträge ſofort im Rathaus, Zimmer 3, zu ſtellen.

Bitterfeld, den 26. September 1919.
*2973 Der Magiſtrat.

Diejenigen Perſonen, Herren und Damen, aus Bitterfeld und Umgebung, die bereit ſind, an der **Volkshochſchule** zu unterrichten, werden gebeten, dies alsbald z. H. des Magiſtratsbüros unter Angabe des betreffenden Lehrgebietes oder Gegenſtandes mitzuteilen.

Bitterfeld, den 25. September 1919.
*2963 Der Magiſtrat.

Eilenburg.

Butterverſorgung.

Die Butterzufuhren waren in den letzten Wochen ſo knapp, daß in der Verſorgung der Bevölkerung eine Stockung eingetreten iſt. Ein größerer Teil der Einwohnerſchaft kann die dieswöchige Butterration erſt im Laufe der nächſten Woche erhalten. Zur Wiederherbeiführung einer geregelten Verteilung wird für die nächſte Woche Butter überhaupt nicht abgegeben. Es kommen vorausſichtlich an Stelle der Butter 50 Gramm Feintalg und 100 Gramm Schmalz zur Verteilung.

Eilenburg, den 26. Sept. 1919. *2972
Der Magiſtrat.

Steuereinſchätzung für das Steuerjahr 1920.

Wer für die Zwecke ſeiner Haushaltung oder bei Ausübung ſeines Berufes oder Gewerbes andere Perſonen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beſchäftigt, iſt gemäß § 23 des Einkommenſteuer-Geſetzes in der Faſſung vom 18. Juni 1907 verpflichtet, über dies Einkommen, ſofern es den Betrag von jährlich 3000 Mk. nicht überſteigt, dem Gemeindevorſtand — Magiſtrat — ſeiner gewerblichen Niederlaſſung, oder in Ermangelung einer ſolchen ſeines Wohnſitzes, auf Verlangen Auskunft zu geben. Dieſe Pflicht liegt auch den geſetzlichen Vertretern nichtphyſiſcher Perſonen ob. Wir fordern alle zur Auskunfterteilung verpflichteten Perſonen auf, uns die Bezüge der Arbeitnehmer bis ſpäteſtens 15. Oktober 1919 mitzuteilen. Der Bedarf an Vordrucken zu den Lohnkarten iſt nach der Kopfzahl der Arbeitnehmer vom Steueramt, Rathaus, Zimmer 5, anzufordern, wo ſie koſtenlos verabfolgt werden. Die Verpflichtung zur Auskunfterteilung erſtreckt ſich auch auf die auswärts wohnenden Arbeitnehmer. Deren Lohnkarten haben wir ihrer Heimatbehörde zu überſenden; es iſt deshalb der Wohnort anzugeben. Es iſt das Einkommen anzugeben, welches ſeit dem 1. Januar 1919 oder ſeit dem ſpäteren Beginn der Beſchäftigung bis zum 30. September 1919 tatſächlich bezogen iſt. Wo freie Wohnung, Koſt und dergleichen gewährt werden, iſt dies ohne Wertangabe namhaft zu machen. Die Verweigerung der Auskunft ſowie die Erteilung unvollſtändiger oder unrichtiger Auskunft iſt im § 74 des Einkommenſteuer-Geſetzes mit Strafe bedroht.

Eilenburg, den 26. September 1919.
Der Magiſtrat. *2972

Stundenplan der gewerblichen Fortbildungsſchule für das Winterhalbjahr 1919.

O = Oberſtufe. M = Mittelſtufe. U = Unterſtufe.

Metallarbeiter.

U	Montag, 4–8 Uhr nachm. Freitag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichnen: Mittwoch bzw. Sonnabend, 6–8 Uhr abends.
M	Dienstag, 4–8 Uhr nachm. Donnerstag, 4–8 Uhr „ Freitag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichnen: Montag, 4–8 Uhr nachm., bzw. Mittwoch, 6–8 Uhr abends.
O	Dienstag, 4–8 Uhr nachm. Donnerstag, 4–8 Uhr „	Zeichnen: Montag, 4–8 Uhr nachm., bzw. Mittwoch, 6–8 Uhr abends.

Holzarbeiter.

U	Freitag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichnen: Mittwoch, 2–4 Uhr nachm.
M	Dienstag, 4–8 Uhr nachm.	
O	Montag und Donnerstag, 6–8 Uhr abends.	Zeichn.: Sonnabend, 4–6 Uhr nachm.

Bekleidungsgewerbe, graphiſche Berufe.

U	Freitag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichn.: Sonnabend, 6–8 Uhr abends.
M und O	Montag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichnen: Mittwoch, 6–8 Uhr abends

Bauhandwerker.

U	Donnerstag, 8–12 Uhr vrm. Sonnabend, 4–6 Uhr nchm.	Zeich.: Sonnabend, 6–8 Uhr abends.
M und O	Dienstag, 8–12 Uhr vorm.	Zeichnen: Mittwoch, 6–8 Uhr abends
M und O	Mittwoch, 4–6 Uhr nachm.	

Bäcker.

U, M und O Mittwoch, 4–8 Uhr nachm.

Gemiſchte Berufe einſchl. ungelernte Arbeiter.

U	Freitag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichn.: Sonnabend, 6–8 Uhr abends
M	Montag, 4–8 Uhr nachm.	Zeichnen: Mittwoch, 6–8 Uhr abends.
O	Donnerstag, 4–8 Uhr „	Zeichnen: Mittwoch, 6–8 Uhr abends

Vorklaſſe. Montag, 4–8 Uhr nachm.

Eilenburg, den 29. September 1919.
Lieboldt, Fortbildungsſchulleiter.

Vorſtehender Stundenplan wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Eilenburg, den 29. September 1919.
*2972 Der Magiſtrat.

D M V
DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND
HALLE A. S. HARZ 42/44
FERNRUF № 1726
BÜROZEIT 11-1, u. 4-6. SONNABEND 9-2.

Mittwoch, den 1. Oktober 1919, abends 7½ Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Entspricht die jetzige Entlohnung den gegenwärtigen Verhältnissen?
2. Die Umgehung des paritätischen Arbeitsnachweises.

Kollegen, erscheint in Massen! Ohne Mitgliedsbuch oder Mitgliedschaftsausweis kein Zutritt.

4625 Die Ortsverwaltung.

Unabh. Soz. Partei, Distrikt Beuna.

Mittwoch, den 1. Oktober, abends 7 Uhr,
— im Gaſthof Zätzſch-Niederbeuna: —

Gr. öffentliche Volksverſammlung.

Tagesordnung:
Antimilitarismus, Räteſyſtem und die politiſche Lage.

Referent: Genoſſe Koch,
Mitglied des Vollzugsrats, Berlin.

Einwohner von Beuna, Kötzſchen, erſcheint in Maſſen
*2975 Der Einberufer.

Der Arbeiter-Rat.
Organ der Arbeiterräte
Deutſchlands.
Erſcheint jede Woche.
Einzelheft 75 Pfg. Vierteljahr 7.20 Mk

Jedes Arbeiterrats-Mitglied, jeder Arbeiterrat muß dieſe Zeitſchrift halten, da dies die einzige aktuelle Zeitſchrift in dieſem Sinne iſt.

Beſtellungen nehmen alle Austräger des Volksblattes entgegen, oder direkt zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

*2509 Sohlleder-Ausschnitt
Gummi-Absätze und Ecken
Lederhandlung Brüderstr. 13.